



Bevölkerungsforschung Aktuell

Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Ausgabe 2 • 2014
35. Jahrgang

Liebe Leserinnen und Leser, wenn in letzter Zeit über die Fertilitätsentwicklung in Deutschland und die Ursachen für das niedrige Geburtenniveau diskutiert wurde, richtete sich der wissenschaftliche Blick in erster Linie auf die kinderlosen, höher gebildeten Frauen und ihr Geburtenverhalten bzw. die älteren Geburtskohorten. Weitgehend unbeachtet blieb dabei die Entwicklung von Geburten in einer anderen Altersgruppe von Frauen: den Teenagern. Dabei spielte natürlich auch der geringe Anteil dieser Gruppe am Gesamtgeburtenverhalten in (West-)Deutschland in den letzten Jahren eine Rolle.

Dass das Thema vor allem aus globaler Perspektive brisant ist, belegt die Tatsache, dass die UN im vergangenen Jahr erstmals die Situation von Teenagermüttern aus Entwicklungsländern in den Vordergrund ihres Weltbevölkerungsberichts 2013 stellte. Demnach bringen jedes Jahr 7,3 Millionen Mädchen unter 18 Jahren weltweit ein Kind zur Welt. Davon sind wiederum zwei Millionen der jungen Mütter unter 15 Jahre alt.

Im Vergleich dazu bewegt sich die Entwicklung in den Industrieländern mit 680.000 Teenagerschwangerschaften – davon fast die Hälfte in den USA mit fallender Tendenz – auf einem deutlich niedrigeren Niveau.

Deutschland gehört nach wie vor weltweit zu den Ländern mit einer sehr geringen Zahl von Teenagerschwangerschaften. Allerdings gibt es Belege dafür, dass in Ostdeutschland seit Mitte der 1990er Jahre ein Anstieg von Teenager-Geburten zu verzeichnen ist, der so im Westen nicht nachgewiesen werden kann, wie Jürgen Dorbritz in seiner Analyse zeigt.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider,
Direktor des BiB

Teenager-Schwangerschaften und -Geburten im West-Ost-Vergleich

Die Geburtenentwicklung von Teenagern in Deutschland ist seit dem Anfang der 1970er Jahre nach Anstiegen im Zeitraum zwischen 1950 und 1970 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland deutlich zurückgegangen. So ist im Westen der Anteil an der TFR von 9,4 % im Jahr 1972 auf 1,9 % im Jahr 2012 gesunken. In Ostdeutschland hatte ebenfalls ein Rückgang eingesetzt, der allerdings schneller als im Westen verlaufen ist und zu einer Annäherung der Anteile der Teenager-Geburten an der Geburtenziffer geführt hat. Nimmt man die Geburtenziffer für Teenager-Geburten als Grundlage, so unterschreiten die Werte der neuen Bundesländer in den 1990er Jahren sogar die des früheren Bundesgebietes, nachdem in der ehemaligen DDR noch 1973 der höchste jemals in Deutschland gemessene Wert des Anteils von Teenager-Geburten gemessen wurde. Ein aktueller Blick auf die Entwicklung zeigt nun, dass es zwischen 1996 und 2010 zu einem Anstieg der Teenager-Geburtenziffer in Ostdeutschland gekommen ist, wobei die Werte doppelt so hoch ausfallen wie im früheren Bundesgebiet, in dem sich ein Trend zum Wiederanstieg nicht nachweisen lässt. Vor diesem Hintergrund untersucht der Beitrag die langfristigen Trends der Teenager-Geburten seit 1950 unter besonderer Berücksichtigung der Ost-West-Unterschiede und sucht nach Ursachen für die besonderen Entwicklungen in den beiden Regionen Deutschlands. ➔ Seite 2



„Demografiestrategie – Work in Progress?“

Die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) vom 12. bis 14. März 2014 in Berlin



Was sind die Merkmale und Ursachen für das Geburtenverhalten in Deutschland? Wie entwickelt sich die Arbeitsmigration in Deutschland? Verbreiten sich Geburten unter Kollegen? Wie lässt sich die Produktivität Älterer nutzen? Diese Fragen repräsentieren nur einen kleinen Ausschnitt der Themen und Vorträge, die bei der DGD-Jahrestagung 2014 vom 12. bis 14. März 2014 in

Berlin mit gut 170 Teilnehmern und Teilnehmerinnen präsentiert wurden – immer vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung eingeleiteten Demografiestrategie. Dabei forderte der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie, Prof. Dr. Tilman Mayer (Bild oben), in seiner Eröffnungsansprache eine erweiterte Demografiestrategie „plus ultra“ und wies darauf hin, dass einer kritischen Prüfung bedürfe, was Anspruch und Wirklichkeit von demografiepolitischen Maßnahmen angehe. Entscheidend sei die Frage, in welchen Feldern Demografiepolitik überhaupt Einfluss nehmen könne. ➔ Seite 7



Jürgen Dorbritz

Teenager-Schwangerschaften und -Geburten im West-Ost-Vergleich

Der weltweite Vergleich zu den Teenager-Geburten offenbart eine außerordentlich heterogene Situation. Während in Europa und auch in Asien ein sehr niedriges Niveau anzutreffen ist, sind in Afrika Teenager-Geburten Normalität. Die Unterschiede erklären sich aus dem gesellschaftlichen Umgang mit dem Thema insbesondere hinsichtlich der Sexualaufklärung, dem Wirken traditioneller Wertesysteme und der Integrationsfähigkeit der Gesellschaft. In Deutschland hat sich entsprechend dem europäischen Trend der Anteil der Teenager-Geburten deutlich verringert. Umso mehr überrascht, dass die Ziffer für Teenager-Geburten in den neuen Bundesländern in der Mitte der 1990er Jahre wieder angestiegen ist, ohne allerdings hohe Werte zu erreichen.

Die Motivation zur Beschäftigung mit dem Thema ist aus zwei Quellen gespeist. Erstens ist festzustellen, dass die demografische Beschäftigung mit dem Thema „Geburten bei Frauen unter 20 Jahren“ in Deutschland nahezu eingeschlafen ist. Das Forschungsinteresse ist gegenwärtig auf späte Geburten und deren Kompensationseffekte für die niedrige Fertilität vor dem 30. Lebensjahr gerichtet. Dies ist insofern überraschend, da in der internationalen Sicht Teenager-Geburten als problematisch angesehen sind. Vor allem deshalb, weil sie mit hohen Gesundheitsrisiken verknüpft sind und in einem Zusammenhang mit Schulabbrüchen, fehlender Qualifikation für die Berufstätigkeit und in dessen Folge für schlecht bezahlte Arbeit oder die Abhängigkeit von Sozialleistungen stehen. Zweitens geht es um die Aktualität von demografischen Ost-West-Vergleichen. Längst haben die Bevölkerungswissenschaftler die These der frühen 1990er Jahre aufgegeben, nach der eine Annäherung des generativen Verhaltens im Osten an den Westen erfolgen sollte. Zu beobachten sind Annäherungstrends z.B. beim Anstieg des Gebäralters, der Heiratsneigung und der Scheidungshäufigkeit. Unterschiede bestehen fort hinsichtlich der Paritätsstrukturen, der Lebensformen oder der Anteile an Kindern, die von nicht verheirateten Frauen zur Welt gebracht werden. Schon immer unterschiedlich war der Anteil von Teenager-Geburten an der zusammengefassten Geburtenziffer. Dieser Anteil hat sich in den neuen Bundesländern in den letzten Jahren nach einem Annäherungstrend wieder erhöht, während im frü-

heren Bundesgebiet der rückläufige Trend fortbesteht. Daraus ergibt sich die zentrale Fragestellung des Beitrages: Was sind die Ursachen für die besonderen Entwicklungen in den beiden Regionen Deutschlands. Weiterführende Analysen sind auf den internationalen Vergleich und den langfristigen Trend in Deutschland gerichtet.

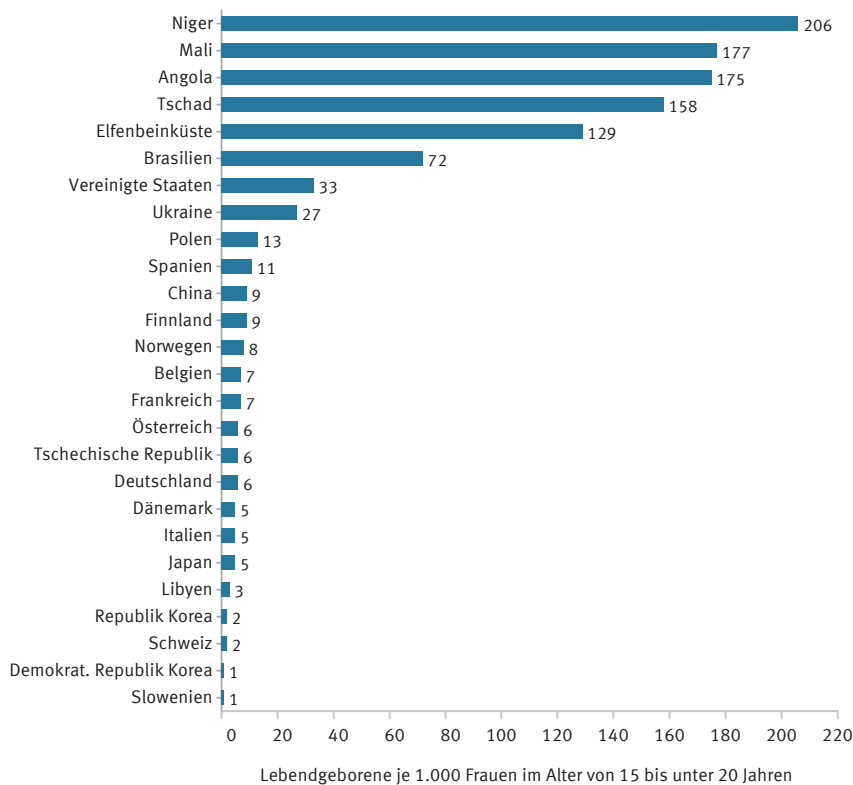
Der internationale Vergleich

Das Fertilitätsniveau bei Teenagern wird üblicherweise mit der Zahl der Lebendgeborenen je 1.000 Frauen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren gemessen (Adolescent fertility rate). (Die Daten für den internationalen Vergleich stammen von der World Bank und sind dort für das Jahr 2011 veröffentlicht.) Generell gilt bei einer weltweiten Betrachtung, dass Teenager-Geburten zurückgehen, es aber enorme Unterschiede zwischen den Ländern gibt (Abb. 1). Die höchsten Raten für Teenager-Geburten finden sich in Niger (206), Mali (177), Angola (175), Tschad (158), Malawi (147) und Mocambique (143). Insbesondere in den Entwicklungsländern sind Teenager-Geburten ein Massenphänomen. „About 19 per cent of young women in developing countries become pregnant before age 18. Girls under 15 account for 2 million of the 7.3 million births that occur to adolescent girls under 18 every year in developing countries“, wird in einem Bericht der UNFPA (2013: vi) festgestellt. In deutlichem Kontrast dazu stehen Raten von 1 bis 3 Geburten je 1.000 Frauen der Altersgruppe in Nord- und Südkorea, Slowenien, Hong Kong, Libyen und der Schweiz. Deutschland gehört mit 6 Geburten ebenfalls zu der Ländergruppe mit einem niedrigen Niveau. Allgemein werden in Europa nur wenige Kinder vor dem 20. Lebensjahr der Mutter geboren. Vergleichsweise hohe Werte finden sich in einigen ehemals sozialistischen Ländern wie z. B. in Bulgarien (37), Rumänien (31) oder der Ukraine (27). Im übrigen Europa fallen die hohen Werte in Großbritannien (26) und der Türkei (33) auf. Weltweit sollten noch die überdurchschnittlichen Werte in den USA (33) Beachtung finden, wobei dort in letzten Jahren erhebliche Rückgänge eingetreten sind.

Das sehr hohe Niveau in Afrika wird in erster Linie mit einer mangelnden Sexualaufklärung, der Nichtverfügbarkeit von Verhütungsmitteln oder deren falscher Anwen-



Abb. 1: Lebendgeborene je 1000 Frauen in der Altersgruppe 15-19 Jahre in ausgewählten Ländern, 2011



Datenquelle: Weltbank

© BiB 2014

dung erklärt. Eine wichtige Rolle spielt auch das Erlangen eines besonderen sozialen Status durch Mutterschaft. Begründungen für die unterschiedlichen Situationen in den reichen Ländern finden sich in einem von der UNICEF (2001) veröffentlichten Report zu Teenager-Geburten. Insbesondere werden die Rolle traditioneller Werte, die Bedeutung der Sexualerziehung und die sozioökonomischen Folgen betont. Für Korea wird herausgestellt, dass vorehelicher Geschlechtsverkehr verpönt ist und schwangere Teenager sich massiven finanziellen und sozialen Problemen gegenübersehen. Die Bedeutung „alter Werte“ für geringe Anteile von Teenager-Geburten wird auch für Japan, Italien und Spanien herausgestellt. Die ähnlich niedrigen Raten etwa in den Niederlanden, Schweden, Dänemark oder Frankreich werden auf die Bestrebungen zurückgeführt, Teenager-Schwangerschaften durch Sexualerziehung und die Vermittlung der Folgen für den Biografieverlauf einzudämmen. Traditionell höhere Ziffern wie in Tschechien, Polen, Ungarn oder der Slowakei wer-

den auf sehr frühe Eheschließungen zurückgeführt. Hohe Werte beispielsweise in den USA oder in Großbritannien werden dadurch erklärt, dass in wenig integrativen Gesellschaften die Motivation fehlt, Kinder erst in einem späteren Lebensabschnitt zu bekommen. Zudem werden zu den Themen Empfängnisverhütung und Sexualberatung keine öffentlichen Diskurse geführt.

Im internationalen Vergleich gelten die Niederlande als wegweisend für den Umgang mit Schwangerschaften, Schwangerschaftsabbrüchen und Geburten bei Teenagern. Dort gehen niedrige Geburtenraten bei Teenagern mit einem geringen Niveau der Schwangerschaftsabbrüche einher. Diese Situation wird auf die integrative Gesellschaft, den offenen Zugang zu Sexualität und den frühen Beginn der Sexualerziehung zurückgeführt. „In general, studies of the Dutch experience have concluded that the underlying reason for success has been the combination of a relatively inclusive society with more

open attitudes towards sex and sex education, including contraception” (UNICEF 2001: 20). Die Folge ist ein offener Umgang mit dem Thema, die Teenager verhüten früh und effektiv, kommunizieren ohne Scheu und stimmen sich mit dem Partner ab.

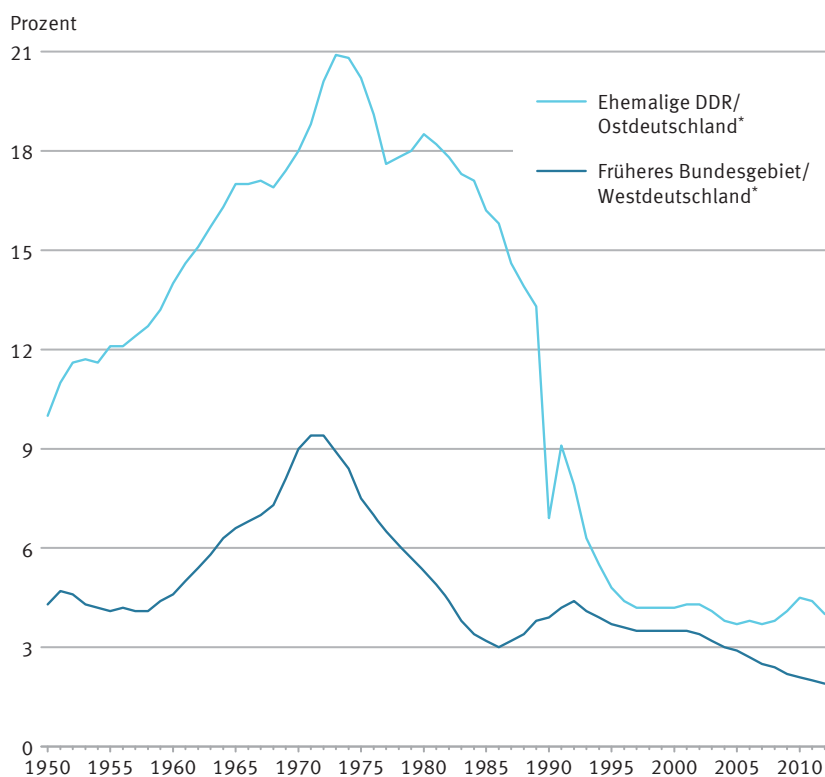
Trends in Deutschland

Für Deutschland sollen, bei besonderer Berücksichtigung der West-Ost-Unterschiede, die Teenager-Geburten im langfristigen Trend seit 1950 untersucht werden. Hierzu wird der Anteil der Teenager-Fertilität an der zusammengefassten Geburtenziffer zusätzlich zu den Lebendgeborenen je 1.000 Frauen herangezogen, da dadurch die Bildung einer langen Reihe möglich wird.

Die Abbildung 2 veranschaulicht die vier grundlegenden Merkmale der Entwicklung der Teenager-Fertilität in Deutschland. Erstens ist ein durchgängig höheres Niveau der Teenager-Geburten in Ostdeutschland festzustellen. Beispielsweise betrug der Anteil der Teenager-Fertilität



Abb. 2: Anteile der Teenager-Fertilität an der zusammengefassten Geburtenziffer, West- und Ostdeutschland, 1950 – 2012



* Ab 2001 ohne Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© BiB 2014

an der zusammengefassten Geburtenziffer 1970 in der ehemaligen DDR 18,0 % und im früheren Bundesgebiet 9,0 %. Diese Differenz ist auf niedrigem Niveau erhalten geblieben, beläuft sich im Jahr 2012 auf 2 Prozentpunkte (Früheres Bundesgebiet ohne Berlin: 1,9 %, neue Bundesländer ohne Berlin: 4,0 %). Anzunehmen ist, dass in den weniger katholisch geprägten neuen Bundesländern Teenager-Geburten eine höhere soziale Akzeptanz finden bzw. gefunden haben. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass die Familienpolitik in der ehemaligen DDR, die auch auf die soziale Sicherung junger Familien und Alleinerziehender gerichtet war, den West-Ost-Unterschied befördert hat.

Zweitens ist von 1950 bis zum Anfang der 1970er Jahre in beiden Regionen Deutschlands ein Anstieg der Teenager-Fertilität festzustellen. Im früheren Bundesgebiet erfolgte ein Anstieg von 4,3 % (1950) auf 9,4 % (1971 und 1972). In der ehemaligen DDR war ein Anstieg auf 20,9 % im Jahr 1973 zu beobachten. Dies ist der höch-

te in Deutschland jemals gemessene Wert des Anteils von Teenager-Geburten an der zusammengefassten Geburtenziffer. Der Anstieg der Teenager-Geburten in dieser Zeit wird allgemein auf der einen Seite mit einer zunehmenden sexuellen Liberalisierung und der Dissoziation der Sexualität (Trennung von Sexualität und Fortpflanzung) und den noch nicht weit verbreiteten Methoden der Schwangerschaftsverhütung auf der anderen Seite in Verbindung gebracht.

Drittens haben sich nach den Höchstwerten zu Anfang der 1970er Jahre deutliche Rückgänge in West- und Ostdeutschland eingestellt. Im Westen ist der Anteil an der TFR von 9,4 % (1972) auf 1,9 % (2012) gesunken. Es werden nur noch 5,4 Kinder je 1.000 Frauen dieser Altersgruppe geboren. Im Osten hatte ebenfalls ein Rückgang eingesetzt, der schneller verlaufen ist als im Westen und zu einer Annäherung der Anteile der Teenager-Geburten an der Geburtenziffer geführt hat. Der niedrigste Wert findest sich im Jahr

2005 mit 3,7 % (Westdeutscher Vergleichswert: 3,0 %). Wird die Geburtenziffer für Teenager-Geburten herangezogen unterschreiten die Werte der neuen Bundesländer in den 1990er Jahren sogar die des früheren Bundesgebiets. Die Teenager-Geburtenziffer Ost (ohne Berlin) erreichte 1995 einen Wert von 7,3. Im Westen (ebenfalls ohne Berlin) waren es zu diesem Zeitpunkt 9,8 Geburten je 1000 Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren.

Eine weite Verbreitung der Antikonzeptiva fand erst Ende der 1960er Jahre statt und dürfte den in den 1970er Jahren beginnenden Rückgang der Teenager-Geburten ausgelöst haben. Auch der generelle Aufschub der Geburten mit dem Entstehen des Standardbiografiemusters der „späten Geburt“ im Kontext verlängerter Ausbildungswege und dem späten Einstieg in den Beruf hat diesen Trend beeinflusst.

Und schließlich viertens – und das hat die Befassung mit dem Thema ausgelöst – ist zwischen 1996 und 2010 die Teenager-Geburtenziffer im Osten erneut angestiegen



von 8,0 auf 13,9. Damit werden 4,5 % der zusammengefassten Geburtenziffer von 1.459 realisiert. Die Werte sind doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet, in dem der Wiederanstiegstrend nicht beobachtet werden konnte. Allerdings sind die Werte in den neuen Bundesländern in 2011 und 2012 wieder leicht gesunken. 2012 betrug die Teenager-Geburtenziffer in den neuen Ländern 11,1. Hieran schließt sich die Frage an, ob es sich um eine zeitlich begrenzte Schwankung nach oben handelt oder ob sich ein weiterer Unterschied im generativen Verhalten zwischen West und Ost verstetigt. Unabhängig davon ist die Frage nach den Ursachen dieser außergewöhnlichen Entwicklung zu stellen.

Schwangerschaftsabbrüche und Teenager-Geburten

Um sich den Ursachen zu nähern, soll zunächst der Zusammenhang zwischen Schwangerschaftsabbrüchen und Teenager-Geburten analysiert werden. Die Analysen beginnen mit dem Jahr 1996, da dieses Jahr das erste

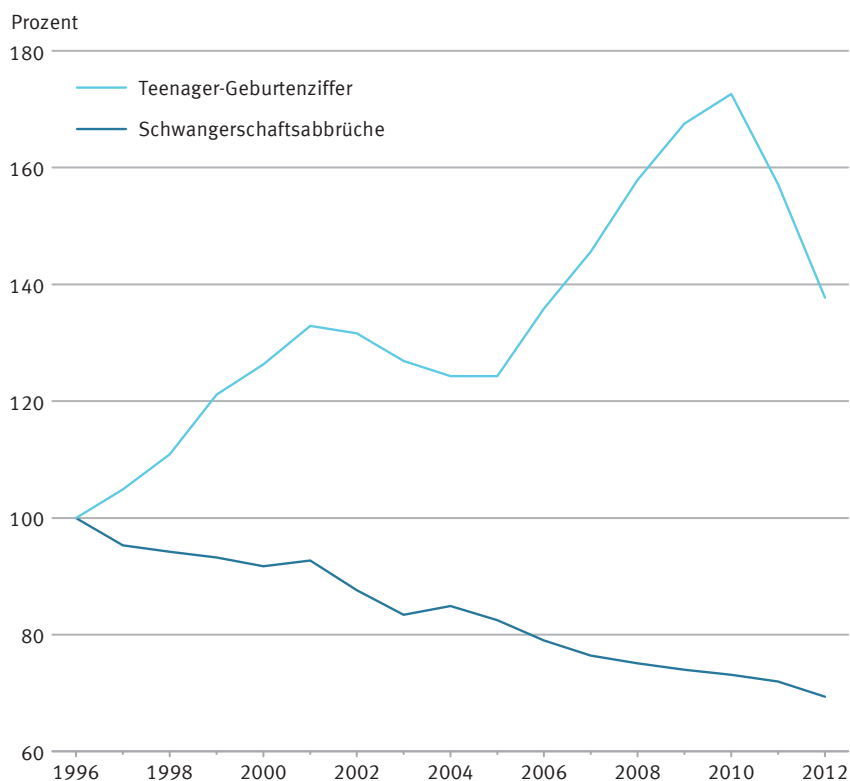
war, in dem die Teenager-Geburten wieder angestiegen sind. Allgemein ist zu den Schwangerschaftsabbrüchen festzustellen, dass die Zahl deutlich gesunken ist. Wurden 1996 noch 130.331 Abbrüche in Deutschland (ohne Frauen mit Wohnsitz im Ausland) gezählt, waren es 2012 nur noch 105.727. Dieser Trend gilt für die neuen Bundesländer sogar stärker als für das frühere Bundesgebiet. In den neuen Bundesländern hat sich die Zahl von 41.288 auf 28.667 verringert (Früheres Bundesgebiet von 89.043 auf 77.060). Damit hat sich die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche im Westen auf 87 % und im Osten auf 69 % des Ausgangsniveaus verringert.

Um nun Schwangerschaftsabbrüche und Geburten seit 1996 vergleichen zu können, wurden die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche und die der Geburten je 1.000 Frauen in der Altersgruppe 15 bis 19 Jahre jeweils auf 100 % gesetzt (Abb. 3). Es zeigt sich ein gleichzeitiger Anstieg der Teenager-Geburten bei einem Rückgang der Schwangerschaftsabbrüche. Die Schwangerschafts-

abbrüche haben sich um 31 Prozentpunkte verringert und die Geburten sind um 38 Prozentpunkte angestiegen.

Es ist festzustellen, dass es in den neuen Bundesländern beginnend in der Mitte der 1990er Jahre in der Altersgruppe 15 bis 19 Jahre häufigere Entscheidungen gegen Abbrüche und für Geburten gegeben hat. Dieser Wandel ist zu erklären, auch wenn dies aufgrund der Datenlage gegenwärtig nur hypothetisch erfolgen kann. Teenager-Geburten sind nicht nur im Kontext mangelnder Sexualaufklärung sondern auch in Zusammenhang mit einer mangelnden Berufs- und Zukunftsperspektive zu sehen (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2009: 4). Die war in den 1990er Jahren gegeben. Um dieser Situation zu begegnen, ist ein Ausbildungsprogramm aufgelegt worden. „Das Ausbildungsplatzprogramm Ost wurde 1996 als Nachfolgeprogramm für die von 1993 bis 1995 laufende Gemeinschaftsinitiative Ost aufgelegt, um vor dem Hintergrund

Abb. 3: Anteil der Schwangerschaftsabbrüche im Alter 15 – 19 Jahren an allen Abbrüchen und Lebendgeborene je 1000 Frauen im Alter 15 – 19 Jahre, 1996 – 2012, 1996 = 100 %



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© BiB 2014



des andauernden unzureichenden betrieblichen Ausbildungsplatzangebots zusätzliche Ausbildungskapazitäten zu schaffen. Seit 1999 wurden damit rd. 130.000 Plätze bzw. Jugendliche unterstützt. Durch Länderergänzungsprogramme wurden in diesem Zeitraum weitere ca. 45.000 Stellen finanziert“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010: 19). Verstärkt wird diese Situation durch einen Bildungseffekt. „Als inzwischen belegt gilt, dass sich junge Frauen mit höherer Bildung und beruflicher Perspektive eher für einen Abbruch entscheiden. Mädchen mit eingeschränkter Berufs- und Lebensperspektive dagegen 'wählen' das Austragen einer Schwangerschaft in jungen Jahren“ (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2009: 1).

Es ist also zu vermuten, dass die ungünstige Situation auf dem Ausbildungsmarkt in den neuen Bundesländern die Entscheidungen zur Geburt der Kinder begünstigt hat. Bei Teenagern mit einer weniger günstigen Bildungsperspektive ist die Entscheidung für die Geburt zusätzlich motiviert. Wer auf dem Arbeitsmarkt weniger Chancen sieht, Fuß zu fassen, wählt den Rückzugsraum Familie, zumal dadurch über Mutterschaft/Elternschaft ein besonderer sozialer Status erreicht wird.

Diskussion

Auch wenn Teenager-Geburten in einer ganzen Reihe von Ländern auf einem sehr hohen Niveau liegen, muss das Ergebnis, nachdem Teenager-Geburten und -Schwangerschaften weltweit zurückgehen, zunächst herausgestellt werden. Die großen Differenzen erklären sich aus den unterschiedlichen Integrationsfähigkeiten von Gesellschaften, wobei die Integrationschancen junger Frauen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt eine besondere Rolle spielen, aus dem Fortbestehen traditioneller Wertesysteme und den Fähigkeiten und Möglichkeiten im öffentlichen Umgang mit dem Thema Sexualaufklärung. In diese Richtung argumentiert insbesondere aus der Sicht der Entwicklungsländer auch die UNFPA (2013: 97). „Girls need access to sexual and reproductive health services and information. They also to be unburdened from the economic and social pressures that too often trans-

late into a pregnancy and the poverty, poor health and unrealized human potential that come with it. Girls who have become pregnant need support, not stigma.“

Deutschland gehört weltweit zu den Ländern mit einem sehr niedrigen Niveau bei den Teenager-Geburten. Die differenzierten Analysen für das frühere Bundesgebiet und die neuen Bundesländer haben seit der Mitte der 1990er Jahre einen gegenläufigen Trend gezeigt. Im früheren Bundesgebiet ist dem internationalen Trend folgend ein kontinuierlicher Rückgang der Geburten je 1.000 Frauen in der Altersgruppe 15 bis 19 Jahre zu verzeichnen. In den neuen Bundesländern war dagegen ein Anstieg zu beobachten, dessen Ausmaß allerdings als begrenzt einzustufen ist, aber zu einem doppelt so hohen Niveau wie im früheren Bundesgebiet geführt hat. Es wird angenommen, dass die damals ungünstige Situation auf dem Arbeitsmarkt, die sich für Frauen mit einer weniger aussichtsreichen Bildungsperspektive, die ohnehin stärker zum Austragen der Schwangerschaften tendieren, noch drastischer darstellt, die „Flucht“ in die Mutterschaft begünstigt hat.

Nicht beurteilt werden kann, ob diese Situation in den neuen Bundesländern längere Zeit bestehen wird. Ein Rückgang der Zahl der Teenager-Geburten aufgrund einer entspannten Lage auf dem Ausbildungsmarkt und auch aufgrund der Abwanderung Jüngerer in der Vergangenheit ist ein durchaus denkbare Szenario.

Literatur

- Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2010: Innovationspotenziale des Ausbildungsprogramms Ost. Band 9 der Reihe Berufsbildungsforschung, Bonn, Berlin, 63 S.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2009: Teenager-Schwangerschaften in Deutschland, 8 S.
- UNFPA, 2013: Motherhood in Childhood, Facing the challenge of adolescent pregnancy, The State of World Population 2013, 118 S.
- UNICEF, Innocenti Research Centre, 2001: Teenage Births in Rich Nations. Florenz, 32 S.



Rückblick

„Demografiestrategie – Work in Progress?“

Die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demografie (DGD) vom 12. bis 14. März 2014 in Berlin

Unter dem Motto „Demografiestrategie – Work in Progress?“ veranstaltete die Deutsche Gesellschaft für Demografie ihre jährliche Jahrestagung vom 12. bis 14. März 2014 in Berlin mit gut 170 Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Dabei bildete die von der Bundesregierung entwickelte Demografiestrategie den thematischen Hintergrund, vor dem zahlreiche Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen unter anderem auch aus dem BiB aktuelle Forschungsergebnisse aus unterschiedlichen Bereichen der demografischen Forschung vorstellten und diskutierten. Während der Tagung wurde im feierlichen Rahmen der Allianz-Nachwuchspreis der DGD an fünf Nachwuchswissenschaftler/innen verliehen.

Prof. Dr. Tilman Mayer:

Wirksamkeit von Demografiepolitik

In seiner Eröffnungsrede begrüßte der Präsident der DGD, Prof. Dr. Tilman Mayer, die von der Bundesregierung eingeleitete Demografiestrategie, wies zugleich aber darauf hin, dass es der kritischen Prüfung bedürfe, was Anspruch und Wirklichkeit der demografiepolitischen Maß-



Ökonomie trifft auf Demografie:

In seiner Einführungsrede stellte der Präsident der DGD, Prof. Dr. Tilman Mayer, die Frage, in welchen Feldern Demografiepolitik überhaupt wirken könne. Er forderte analog zur Energiewende auch eine Demografiewende in der Politik, die eine Demografiepolitik stärken solle und den Generationenvertrag neu durchdenken müsse.

nahmen angehe. Er stellte die Frage, in welchen Feldern Demografiepolitik überhaupt Einfluss nehmen könne. Dazu zähle für ihn das Feld der Migration, da hier Akzente gesetzt werden könnten und Spielräume durchaus vorhanden seien. Auch bei dem Thema der Alterung gebe es eine demografische Chance, wenngleich hier die Politik nur begleitend tätig sein könne, indem zum Beispiel das medizinische Versorgungssystem erhalten oder gesundheitspolitische Akzente gesetzt würden. Bei der Fertilität sei man sich einig, dass ein direkter Eingriff in das generative Verhalten nicht akzeptabel sei. Man könne hier zwar viel tun, aber die Wirkung auf die Fertilität hänge von vielen Umständen ab, so Prof. Mayer.

Letztlich gehe es vor allem darum, zwei dilemmatische Konflikte stärker zu thematisieren, nämlich die Frage, ob der Erhalt der Produktivität einer Gesellschaft (also die Ökonomie) oder der Erhalt einer Bevölkerung (die Demografie) wichtiger sei. Beide Optionen stießen in modernen Gesellschaften aufeinander und führten zu Entscheidungszwängen in der sogenannten „Rushhour des Lebens“.

Insgesamt sollte daher davon gesprochen werden, dass es neben der Energiewende auch eine Demografiewende brauche mit dem Ziel, die Fertilitätsschwäche in Deutschland zu überwinden und ein ausgeglicheneres Verhältnis von Zuwanderung und Geburten zu erreichen. Dazu müsste eine Demografiepolitik gestärkt werden und der Generationenvertrag neu durchdacht werden, resümierte Prof. Mayer.

Dr. Günter Krings: Weiterentwicklung der Demografiestrategie bleibt wichtiges Ziel

In seinem Grußwort zur Jahrestagung meinte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Günter Krings, dazu, dass die Schwerpunktthemen der Demografiestrategie weiterentwickelt und der Arbeitsgruppenprozess fortgesetzt werde. Ziel sei es vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, die Voraussetzungen für eine gute Versorgung und gleich-



Den demografischen Wandel weiter gestalten:

Der Parlamentarische Staatssekretär im BMI, Dr. Günter Krings, kündigte eine Weiterentwicklung der eingeschlagenen Demografiestrategie an und wies dabei auf die besondere Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung hin.

wertige Entwicklung in Stadt und Land zu verbessern. Er wies zugleich darauf hin, dass ein Verfahren namens Demografiecheck eingerichtet wurde, das Gesetzesvorhaben und Richtlinien auf ihre Bedeutung für künftige Generationen hin prüfe. Zudem komme der Wissenschaft im Rahmen der Demografiestrategie besondere Bedeutung zu, wie die hervorragende Arbeit des 1973 gegründeten Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) belege.

Regionen im demografischen Wandel und die Herausforderungen

Konkrete Auswirkungen des demografischen Wandels, insbesondere im Hinblick auf Alterung und Schrumpfung in den Regionen Deutschlands, präsentierte dann Dr. Steffen Maretzke (BBSR Bonn) in der Session Regionaldemografie I, indem er zentrale Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppe D „Regionen im demografischen Wandel stärken“ präsentierte.

Anhand von Karten, die mittlerweile auch auf dem Demografieportal des Bundes und der Länder veröffentlicht wurden und die zeigen, wo die Regionen vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2030 bei der Sicherung der Daseinsvorsorge und bei der Stärkung der Wirtschaftskraft stehen, stellte er zunächst die Indikatoren und ihre regionalen Bezugsebenen vor. Angesichts der heute in manchen Gegenden schon be-

achtlichen demografischen Herausforderungen vor Ort diskutierte er die Frage, in welche Richtung sich die Demografiestrategie der Bundesregierung künftig weiter entwickeln sollte, damit die Herausforderungen des demografischen Wandels beherrschbar bleiben. Dazu gehörten etwa eine kritische Hinterfragung traditioneller Förderinstrumente sowie eine verbindlichere Abgrenzung der besonders vom demografischen Wandel betroffenen Regionen, die bereits Vorreiter bei der Bewältigung des Wandels sind. Darüber hinaus gehe es unter anderem auch um die Frage, ob noch vorhandene demografische Wachstumsregionen Gegenstand der Demografiestrategie sein sollten, betonte Dr. Maretzke.

Neue Versorgungs- und Mobilitätskonzepte in ländlichen Räumen nötig

Dr. ing, Susanne Dahm und Diplom-Ingenieur Torsten Beck (pakora.net. Netzwerk für Stadt und Raum) demonstrierten dazu am Beispiel des Landkreises Nordfriesland, dass Auswirkungen des demografischen Wandels wie zum Beispiel die Versorgung in der Fläche mit Kindergärten, Schulen, medizinischer Versorgung und Ähnlichem Herausforderungen darstellten, die mit den gängigen Konzepten der Regionalplanung nicht mehr zufriedenstellend gelöst werden könnten. Sie präsentierten daher eine neue Herangehensweise, die unter Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements und privater Anbieter ein abgestimmtes Versorgungs- und Mobilitätskonzept entwickelt. Es gehe hier um die Gestaltung von sogenannten Kooperationsräumen auf freiwilliger Basis, die in der Regel aus mehreren Gemeinden bestehen und jeweils ein Versorgungszentrum beinhalten, in dem alle Angebote gebündelt werden und eine Anbindung an das übergeordnete Mobilitätsnetz sichergestellt werde.

Demografischer Wandel vor Ort: Das Beispiel Thüringen

Ein anderes Konzept zur Bewältigung der Herausforderungen der demografischen Veränderungen stellten Marion Kaps (Regionale Planungsstelle Nordthüringen) und Kai Philips (Serviceagentur Demografischer Wandel) am Beispiel Thüringens vor. Um die Kommunen in Thüringen beim Umgang mit den veränderten demografischen Bedingungen zu unterstützen, hatte das Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr sowie die Stiftung Schloss Etterburg im März 2011 die „Serviceagentur Demografischer Wandel“ als zentrale Beratungs-



und Vernetzungsstelle für Fragen des demografischen Wandels in Thüringen gegründet. Daraus wurde dann im September 2013 als Ergebnis aus zahlreichen Beratungen, Veranstaltungen und wissenschaftlichen Untersuchungen der „Thüringer Demografieratgeber – Anregungen für die kommunale Praxis“ veröffentlicht, der Argumentationsgrundlagen, Beispiele und Anregungen in 23 verschiedenen Themenfeldern zu den Folgen der demografischen Entwicklung liefert.

Rückwanderung nach Ostdeutschland

Seit der deutschen Einheit wurde Ostdeutschland mit einem Rückgang der Bevölkerungszahl konfrontiert. Mittlerweile ist eine zunehmende Rückwanderung von Arbeitskräften aus dem Westen in ihre Heimatregionen zu beobachten, während gleichzeitig immer weniger Beschäftigte aus Ostdeutschland nach Westdeutschland abwanderten. Dr. Robert Nadler (Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig) und Mirko Wesling (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung – Regionales Forschungsnetz IAB Sachsen) untersuchten vor diesem Hintergrund flächendeckend die Rückwanderungsströme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf Kreisebene. Dazu betrachteten sie vor allem die geographischen Muster der Rückwanderung in den letzten Jahren und diskutierten mögliche Erklärungsansätze. Es zeigte sich, dass die Beweggründe für die Rückkehr vielschichtig seien. So kehrten die Rückkehrer oft aus sozialen und privaten Gründen zurück, wobei für viele ein adäquater Arbeits-



Bleiben Arbeitsmigranten in Deutschland und wenn ja, warum? Andreas Ette vom BiB stellte aktuelle Forschungsergebnisse zum Arbeitsmigrationsgeschehen in Deutschland vor und befasste sich mit den Besonderheiten der neuen Migrationsbewegungen.

platz Grundvoraussetzung sei, um den Rückkehrwunsch in die Tat umzusetzen. Unklar sei derzeit auch, ob es sich bei der Rückwanderung um ein kurzzeitiges Phänomen handle oder sich hier ein langfristiger Trend etabliere, betonten die beiden Wissenschaftler.

Bleiben Arbeitsmigranten in Deutschland und warum?

Im Zusammenhang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels wird derzeit vor allem auch über das Thema Arbeitsmigration vor dem Hintergrund eines möglichen Fachkräftemangels diskutiert. Lenore Sauer, Andreas Ette (beide vom BiB) und Barbara Heß (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Nürnberg) untersuchten in der Session Migration I dazu die Bleibeabsichten heutiger Arbeitsmigranten in Deutschland. Sie konstatierten zunächst, dass bisher nur sehr wenig Informationen über die Dynamik der aktuellen Phase der Zuwanderung vorlägen. Zudem seien vorhandene Forschungsergebnisse früherer Migrantengenerationen auf die heutige Situation nicht übertragbar. Daher präsentierten sie auf der Grundlage eines neuen Datensatzes des BAMF erstmals einen Einblick in die Bleibeabsichten heutiger Arbeitsmigranten in Deutschland mit dem Ziel, die wichtigsten theoretischen Erklärungsansätze hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit auf heutige Migrationsprozesse zu testen. Sie zeigten dabei, dass sich innerhalb der Gruppe der Neuzuwanderer im Vergleich zu früheren Zuwanderern grundlegend unterschiedliche Mechanismen bei der Erklärung ihrer Bleibeabsichten fanden. So spielten bei den temporär zugewanderten Migranten vor allem wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle, während bei Zuwanderern aus geringer entwickelten Staaten sozio-kulturelle und institutionelle Faktoren einen positiven Effekt auf längerfristige Bleibeabsichten haben.

Die zukünftige Altersstruktur der Migranten und die Folgen für die Rentenversicherung

Neben der Fertilität und der Mortalität wirken sich vor allem auch die Migrationsbewegungen auf die Bevölkerungsstruktur aus, insbesondere was die Alterung und die Folgen für die Sozialversicherungen angeht. Valentin Vogt (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt) wies in seinem Beitrag zunächst einmal darauf hin, dass der Effekt der Altersstruktur von Migranten auf die Entwicklung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung bisher



nur unzureichend untersucht wurde. Daher versuchte er mit Hilfe eines parametrisierten Verfahrens die künftige Altersstruktur der Migranten mit fünf verschiedenen Migrationsszenarien zu schätzen. Insgesamt zeige sich ein signifikanter Einfluss des Altersstruktureffekts der Migration auf die Beitragssatzentwicklung zur gesetzlichen Rentenversicherung, so Vogt.

Deutschlands Rückkehr als Einwandererland

Im Rahmen der Session Migration II am Folgetag konstatierten Caroline Schultz und Alex Wittlif (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Berlin) zum ersten Mal seit 15 Jahren einen Anstieg der Nettozuwanderung von Bürgern aus der EU, die in der Regel jung und qualifiziert seien. Deutschland profitiere ganz klar von der Freizügigkeit in der EU, betonten die beiden. Dazu präsentierten sie Zahlen zur Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland besonders im Hinblick auf Herkunftsländer, Qualifikationsniveau und Alter und zeigten mit Hilfe der Ergebnisse des „Migrationsbarometers 2013“ wie die Bevölkerung in Deutschland den Wanderungsraum Europa akzeptiert, inwieweit es eine Identifikation der Menschen mit Europa gebe, und es zu einer Solidarisierung mit Zuwanderern aus EU-Staaten komme.

Migration nach Deutschland

Das Deutschland als Zielland für Migranten weiter an Attraktivität gewonnen hat, bestätigten Dr. Martin Kohls und Stefan Rühl (beide vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Nürnberg) in ihrem Vortrag, indem sie den aktuellen Migrationsbericht 2012 der Bundesregierung vorstellten. Deutlich werde diese Entwicklung an den gestiegenen Zuwanderungszahlen, die im Jahr 2012 bei 1.081.000 Zuzügen lag. Eine derartig hohe Zuwanderungszahl gab es zuletzt im Jahr 1995, verdeutlichten die beiden Migrationsforscher. Dazu war auch die Zahl der Asylbewerber angestiegen, während die Zahl von Spätaussiedlern weiter rückläufig war. Zudem gab es 2012 die höchste Zahl bildungsausländischer Studienanfänger. Insgesamt zeige die Entwicklung, dass Deutschland weiterhin ein Hauptzielland von Migration sei, während die Zuwanderung nach Spanien, das zwischen 2006 und 2008 primäres Aufnahmeland in Europa war, deutlich rückläufig war, so die beiden Wissenschaftler.

Neue Ost-West-Migration nach Deutschland?

In der aktuellen Migrationsdiskussion in Deutschland stellt sich vor allem die Frage, ob es im Zuge der 2014 erfolgten Arbeitnehmerfreizügigkeit zu einer verstärkten Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien kommen würde, wobei bereits in den Jahren 2011 und 2012 Wanderungsüberschüsse aus diesen Ländern in Deutschland festgestellt wurden. Dr. Martin Kohls, Elisa Hanganu und Dr. Stephan Humpert (alle BAMF, Nürnberg) beleuchteten vor diesem Hintergrund die neue „Ost-West-Migration“ im Hinblick auf quantitative und qualitative Aspekte mit besonderem Blick auf die Auswirkungen veränderter Wirtschaftsbedingungen auf die Wanderungsentwicklung aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland, Italien und Spanien. Auch wenn sich der Umfang und die Intensität der Wanderungsprozesse nur schwer abschätzen ließen, sei infolge der vollständigen Freizügigkeit zum 1. Januar 2014 mit einem weiteren Anstieg der Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien zu rechnen, prognostizierten die drei Migrationsforscher/innen. Es werde ein Anstieg des Wanderungssaldos in einem Bereich von 100.000 bis 180.000 Personen im Jahr 2014 für möglich gehalten, der allerdings nicht dauerhaft auf diesem Niveau bleiben werde.

Seniorenfreundliche Kommunalverwaltungen

In der parallel stattfindenden Session Regionaldemografie II widmete sich Peter-Georg Albrecht (Hochschule Magdeburg-Stendal) dem Handlungsfeld der Seniorenfreundlichkeit in Ostdeutschland, welches sich eher leise als tertiäre kommunale Aufgabe platziere. Von der Annahme ausgehend, dass Menschen in der zweiten Lebenshälfte eine große und wachsende Bevölkerungsgruppe darstellen, die durch ihr gesellschaftliches Engagement Rückgrat des ostdeutschen Freiwilligensektors darstellten, plädierte er für die Implementierung einer seniorenfreundlichen kommunalen Dienstleistungskultur in den kommunalen Verwaltungen. Angesichts einer immer älter werdenden Bevölkerung müsse jede Verwaltung und Stadt von oben her definieren, welchen Stellenwert und Form ihre Seniorenpolitik und -arbeit haben sollte. Ein solches Leitbild müsse sowohl Aspekte der Leitbilder der Gleichstellung, der Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit als auch der Inklusion von behinderten Menschen sowie der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund aufnehmen. Dazu müssten auch



Aspekte der Alterswissenschaften einbezogen werden. Ihm sei klar, so Albrecht, dass die Umsetzung eines solchen Leitbildes über alle Verwaltungseinheiten und kommunalen Einrichtungen ein dauerhafter widerspruchsvoller und widerstandsreicher Weg sei.

Wanderungsprozesse und die Folgen für Kommunen

Ergänzend dazu warfen Irene Iwanow und Marcus Müller (Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), Dresden) einen Blick auf die Wechselwirkungen und Folgen alters- und geschlechtsspezifischer Wanderungsprozesse in kleinen Räumen. Anhand demografischer Analysen ihres Instituts demonstrierten sie, wie vielschichtig die Folgen alters- und geschlechtsspezifischer Wanderungsprozesse sein können und wie komplex die Folgen für die künftige Bevölkerungsdynamik und die sich daraus ableitende Kommunalentwicklung darstellen könnten. Neben einem Blick auf erste Erfahrungen mit kommunalen demografischen Szenarien beleuchteten Frau Iwanow und Herr Müller auch die Folgen möglicher arbeitsplatz- und geschlechterbezogener Zuwanderungsprozesse.

Ursachen, Folgen und Perspektiven des demografischen Wandels in Oderberg

Wie sich der demografische Wandel praktisch vor Ort auswirkt, zeigte Ulrich Hehenkamp vom Amt Britz-Chorin-Oderberg am Beispiel der ostdeutschen Kleinstadt Oderberg, die sichtbar dramatisch von den Auswirkungen des Bevölkerungsschwunds betroffen ist. So habe zwischen dem 31.12.1990 und 31.12.2011 in Oderberg ein Bevölkerungsrückgang von fast 30 % stattgefunden. Er richtete in seinem Beitrag den Blick vor allem auf die Frage, ob die betroffenen Institutionen die Problematik des demografischen Wandels bislang nicht nur erkannt, sondern auch Strategien entwickelt und Maßnahmen ergriffen hatten, um dem Einwohnerrückgang und der Überalterung gegenzusteuern und die daraus resultierenden Folgen abzumildern. Um die Konsequenzen besser einschätzen und Gegenstrategien entwickeln zu können, zeige das Beispiel Oderberg, dass es einer differenzierten und kleinräumigen Betrachtung in den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands bedürfe. Es gehe darum, Handlungsempfehlungen zu entwickeln, ob und wie die Folgen des demografischen Wandels vor Ort bewältigt werden könnten. Als ein Beispiel nannte er die in Grün-

burg befindliche „Bürgerstiftung Perspektive Oderberg“ als Institution der Hilfe zur Selbsthilfe.

Familie und Fertilität in Italien

Im Anschluss an diese Session präsentierten Antonella Guarneri und Romina Fraboni in einer Keynote der italienischen Gesellschaft für Bevölkerungsforschung (Associazione Italiana degli Studi di Popolazione – AISP, Rom) einen Überblick über das aktuelle Familien- und Fertilitätsgeschehen in Italien. Dabei richteten sie den Blick zunächst auf die Entwicklung der Heiraten und der Partnerschaften. Im Gegensatz zur Entwicklung Anfang der 1970er Jahre steige in den letzten Jahren das Alter bei der Erstheirat an, wobei zugleich die Bedeutung der Ehe abnehme, während die Zahl der eheähnlichen Gemeinschaften zunehme – insbesondere bei den niemals Verheirateten, analysierten die beiden Wissenschaftlerinnen. Die Fertilitätsentwicklung liege trotz eines leichten Anstiegs der TFR im Jahr 2010 gegenwärtig wieder auf niedrigstem Niveau. Ein durchgreifender Umschwung sei hier auch künftig nicht zu erwarten.

Mortalitätsunterschiede im deutschen Ostseeraum und die Gründe

In der Session Alterung und Produktivität beschäftigte sich zunächst Michael Mühlichen vom BiB mit regionalen Sterblichkeitsunterschieden im deutschen Ostseeraum. Vor dem Hintergrund ungleicher regiona-



Wie haben sich die Überlebensverhältnisse und Todesursachengruppen in Ost- und Westdeutschland verändert seit der deutschen Vereinigung? Am Beispiel des deutschen Ostseeraums nannte Michael Mühlichen Ursachen und zeigte, welche Variablen sich auf die Sterblichkeitsentwicklung in Deutschland auswirken.



ler Mortalitätsverhältnisse in Deutschland suchte er am Beispiel des nordöstlichsten Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern mit einer vergleichsweise geringen Lebenserwartung nach Ursachen für die Unterschiede bei der Sterblichkeit – auch im direkten Vergleich mit dem Nachbarland Schleswig-Holstein. Dabei zeigte er, dass die Sterberaten in Mecklenburg-Vorpommern seit der Wiedervereinigung stark zurückgegangen sind. Inzwischen seien die Sterberaten in den kreisfreien Städten Mecklenburg-Vorpommerns bei Männern auf dem gleichen Niveau wie in den kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins, bei den Frauen sogar geringer. In den Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns sei die Sterblichkeit jedoch immer noch im Vergleich deutlich höher. Da die Sterblichkeitsunterschiede vor allem im Zusammenhang mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen bestünden, sei neben sozioökonomischen Faktoren, insbesondere die schlechter ausgebauten medizinische Infrastruktur in den ländlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns eine bedeutende Ursache.

Potentiale von Älteren im Erwerbsleben

Immer mehr Ältere verlängern ihre Erwerbstätigkeit in den Ruhestand und engagieren sich in Ehrenämtern oder der Familie. In diesem Zusammenhang stellten Dr. Andreas Mergenthaler, Dr. Volker Cihlar, Frank Micheel und Jakob Schröber Ergebnisse eines aktuellen Surveys des BiB zu den Potenzialen von 55- bis 70-Jährigen im Erwerbsleben vor und gingen dabei vor allem auf die Voraussetzun-



gen und Einflüsse ein. Immer mehr Menschen im Rentenalter sind erwerbstätig – weil sie das wollen und weil sie es können, aber auch weil sie es zum Teil müssen, wie Dr. Andreas Mergenthaler vom BiB in seinem Vortrag zu Potenzialen im Alter klar machte.

gen und Einflüsse ein. Die Ergebnisse zeigten, so Dr. Mergenthaler, dass für eine Erwerbsneigung und -tätigkeit im Ruhestand in erster Linie Faktoren wie der Gesundheitszustand, die Bewertung der finanziellen Lage, die Kontrollüberzeugungen und die Erwerbsbiografie von großer Bedeutung seien. Neben diesen „positiven“ Potenzialen werde aber auch deutlich, dass die Erwerbsneigung und -tätigkeit im Alter durch eine prekäre Situation am Arbeitsmarkt oder subjektive Mängel der materiellen Wohlfahrt begünstigt werde. Diesen „negativen“ Potenzialen könnte durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entgegengewirkt werden, resümierte er.

Neues Bild vom Alter

In diesem Zusammenhang forderte dann Dr. Wolfgang Weiß (Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald) ein neues Bild vom Alter, insbesondere in der demografischen Disziplin. Alter dürfe nicht nur statistisch betrachtet werden. Generell sei die Einteilung biografischer Abschnitte der Individuen, Gruppen und der Gesellschaft als Ganzem in normierte Phasen des biologischen Alters nicht mehr zeitgemäß. Insbesondere gelte dies bei der Bildung. Als Konsequenz daraus müsse es zu einer Überwindung traditioneller Formen des Wissenserwerbs vor allem mit Bezug auf das höhere Alter kommen. Hinzu komme, dass mit der Zunahme der Lebenserwartung ein Konflikt zwischen der Wertbeständigkeit von Wissens- und Bildungsinhalten sowie der wachsenden Dynamik des Wissenszuwachses entstehe.

Zur Entwicklung der Kohortenfertilität in Deutschland

Wie wirkt sich das zunehmende Alter der Frauen bei der Geburt ihrer Kinder auf die Kohortenfertilität in Deutschland aus? Diese Frage untersuchte Olga Pötzsch vom Statistischen Bundesamt in der Session Geburtenentwicklung vor dem Hintergrund einer Stagnation der endgültigen Kinderzahl auf niedrigem Niveau. Dazu quantifizierte sie den Umfang, in dem die Frauenjahrgänge die Geburten innerhalb der gebärfähigen Phase zuerst aufschoben und später nachholten und schätzte damit die endgültige Kinderzahl. Dabei zeigte sie sowohl Möglichkeiten als auch Grenzen der Kohortenanalyse für die Hypothesen zur künftigen Geburtenentwicklung auf. Obwohl in den letzten Jahren zwar leichte positive Effekte im Geburtenverhalten der Frauen im Alter von Mitte 30 beobachtet wurden, zeigte sie sich allerdings skeptisch,



ob diese zur Erholung der Kohortenfertilität nachhaltig beitragen könnten.

Die überforderte Generation

In einem weiteren Beitrag der Session befasste sich Dr. Wiebke Rösler (Humboldt-Universität zu Berlin) mit der „überforderten Generation“, die im Konflikt zwischen höherer Bildung und geringeren Berufschancen lebt. In ihrer Analyse fokussierte sie dazu die Lebens- und Teilhabechancen junger Frauen bzw. von Frauen am Ende ihrer reproduktiven Phase (40 Jahre) und verglich die Kohorten 1940 bis 1965 differenziert nach Bildungs- und Berufsabschluss im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das Resultat ihrer Analyse zeige, dass westdeutsche Frauen sich unverändert zwischen Beruf und Familien entscheiden, betonte sie. Dies sei mitentscheidend für das niedrige Geburtenniveau in Deutschland. Die Gruppe lediger Frauen habe sich in Westdeutschland vervierfacht, gleichzeitig seien die sozioökonomischen Gruppen der Frauen mit durchschnittlich 2,0 Kindern pro Frau im Zeitverlauf deutlich zurückgegangen. Für Ostdeutschland zeige sich dieser Trend nicht im gleichen Umfang, da hier erwerbstätige Frauen deutlich höhere Kinderzahlen haben. Von Überforderung spreche sie deshalb, weil Frauen auf der einen Seite Zugang zu höherer Bildung haben und gleichberechtigte Berufschancen erhalten. Auf der anderen Seite müssten Mütter noch immer auf Einkommen verzichten und mit strukturellen Hindernissen kämpfen.

Das Potenzial amtlicher Daten für die demografische Forschung und die Familienforschung

Bei der anschließenden gemeinsamen Tagung der DGD mit der Sektion Familiensoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) stand die Frage des Potenzials amtlicher Daten für die demografische Forschung und die Familienforschung im Mittelpunkt. Zunächst analysierten Anja Vatterrott und Michaela Kreyenfeld (beide Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock) in einem Vergleich von ostdeutschen, westdeutschen, mobilen Frauen den Übergang zum zweiten Kind. Ihre Ergebnisse weisen auf eine Reduzierung von Zweitgeburten ostdeutscher Frauen um 1990 sowie auf positive Effekte räumlicher Mobilität ostdeutscher Frauen auf deren Zweitgeburtenraten hin.

Im zweiten Beitrag von Sandra Krapf und Katharina Wolf (beide Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock) stand das Geburtenverhalten von türkischen Migranten der 1,5ten und zweiten Generation im Fokus. Auf der Basis von Daten des Mikrozensus war dabei besonders der Effekt der Schulbildung auf die einzelnen Übergänge zu einer Geburt von besonderem Interesse. Erste Auswertungen haben hier gezeigt, dass der weit größte Anteil hoch gebildeter Frauen unter den Deutschen ohne Migrationshintergrund zu finden ist, gefolgt von den Migranten der zweiten Generation. In ihren Analysen gingen sie davon aus, dass der Faktor Bildung einen negativen Einfluss auf den Übergang zur ersten Geburt hat und dass Frauen mit hohem Bildungsstand ein erhöhtes Risiko einer zweiten Geburt haben. Zudem stellten sie die Forschungsfrage, inwiefern sich die Fertilitätsunterschiede der Migrantengenerationen auf Bildungsunterschiede der befragten Frauen zurückführen lassen.

Welchen Beitrag der Datensatz SHARE-RV als Analyseinstrument für die Fertilitäts- und Familienforschung liefern kann, zeigten Christin Czaplicki (Munich Center for the Economics Of Aging (MEA)) und Julia Post (Technische Universität Berlin). So gebe es beispielweise nun die Möglichkeit, Fertilitätsverläufe von Männern datenmäßig zu erschließen. Damit bestünde nun die Möglichkeit, den Übergang zu einem Kind im Kontext der Erwerbs- und Einkommensbiografie für Männer zu untersuchen und detaillierte Fertilitätsanalysen für Frauen und Männer durchzuführen.

Alexander Mack (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Mannheim) zeigte am Beispiel einer Untersuchung zu Geburten in nichtehelichen Lebensgemeinschaften im europäischen Vergleich die Potenziale und Beschränkungen der Daten der European Statistics and Living Conditions (EU-SILC) und richtete sein besonderes Augenmerk auf Datenanalysestrategien im Umgang mit dem EU-SILC.

Verbreiten sich Geburten unter Kollegen? Dieser Frage widmeten sich Sebastian Pink (Universität Mannheim), Dr. Thomas Leopold (Universität Mannheim), sowie Prof. Dr. Henriette Engelhardt-Wölfler (Universität Bamberg) in der Session Partnermarkt und Lebenslagen. Sie untersuchten, ob das Fertilitätsverhalten von Kollegen bei Frauen die Entscheidung für Kinder beeinflusst. Auf Basis der Daten des deutschen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wiesen sie soziale Interaktionseffekte nach.



efekte auf das Geburtenverhalten unter den beschäftigten Frauen innerhalb einer Firma nach. So verdoppelte sich innerhalb eines Jahres nach der Elternschaft eines Kollegen die Zahl derjenigen mit einer ersten Schwangerschaft im Betrieb. Weitere Analysen ließen vermuten, dass hier soziales Lernen eine entscheidende Rolle spielte, so die drei Wissenschaftler/innen.

Erste Ergebnisse des Forschungsprojektes „Die makrostrukturellen Rahmenbedingungen des Partnermarktes im Längsschnitt“ präsentierte Daniel Wiese und Dr. Jan Eckard (Max-Weber-Institut für Soziologie, Uni Heidelberg). Das Projekt erforscht die regionalen Partnermarktbedingungen für unterschiedliche Kohorten auf der Ebene von Kreisen ab dem Jahr 1985. Dazu arbeiteten sie Partnermarktindikatoren heraus wie die Partnermarktrelevanz, -verfügbarkeit, -effizienz und -transparenz. Erste Hinweise zeigten, wie sich gesellschaftliche Veränderungen, wie z.B. die Geburtenentwicklung, die Pluralisierung der Lebensformen, die veränderte Lebenserwartung, Migrationsbewegungen oder die Bildungsexpansion auf die Partnermarktbedingungen auswirkten.

Dass die Erforschung von sozialer Ungleichheit sinnvoll nur im Haushalts- bzw. Familienkontext zu betrachten sei, betonte Thomas Müller (Information und Technik, NRW) im dritten und letzten Beitrag der Session. Nur in diesem Zusammenhang würden sowohl Armutsursachen und -risiken als auch Ressourcen und Unterstützung gebündelt und verteilt werden. Es gelte bei empirischen Analysen Merkmale der sozialen Lage nicht nur auf der individuellen Ebene zu untersuchen, sondern den Familien-/Lebensformkontext zu berücksichtigen. So seien beispielsweise in Paarhaushalten die Bildungs- und Erwerbskonstellationen und deren Auswirkungen auf die sozioökonomische Lage in den Blick zu nehmen.

In der Session Kindertagesbetreuung und Elternerwerbstätigkeit betrachteten Pia Schober (DIW Berlin) und Prof. Dr. Christian Schmitt (Uni Bamberg) den Zusammenhang zwischen Kindertageseinrichtungsausbau und dem subjektiven Wohlbefinden von Eltern. Sie zeigten auf der Basis unterschiedlicher Datenauswertungen, dass beide Elternteile tendenziell zufriedener mit der Kinderbetreuung und mit dem Familienleben sind, wenn in der Region ein größeres Kinderbetreuungsangebot existiert. Dies gelte vor allem für die Mütter in Westdeutschland. Die Ergebnisse legten den Schluss nahe, dass der Ausbau der Kleinkindbetreuung die Wahlmöglichkeiten und

das Wohlbefinden von Müttern verbessert hat.

In diesem Zusammenhang verwies Jeanette Bohr (GESIS, Mannheim) in ihrem Vortrag auf die Problematik, dass egalitäre Erwerbspräferenzen derzeit nicht von allen Frauen umgesetzt werden könnten. Nach einer Familiengründung entwickelten sich die Berufskarrieren für Männer und Frauen meist in unterschiedlicher Weise, wobei die Frauen meist die Hauptverantwortung für die Kinderfürsorge übernehmen und zugleich ihre Erwerbstätigkeit reduzierten. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung untersuchte sie auf der Basis von Daten des Mikrozensus, unter welchen Bedingungen eine gleichberechtigte Aufteilung der Erwerbsarbeit bei Paaren mit Kindern realisiert werde und zwar auch im Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland mit unterschiedlichen kulturellen und institutionellen Rahmenbedingungen, in welche die Entscheidungen zur Ausgestaltung der Geschlechterrollen eingebettet sind.

Im letzten Beitrag der Session untersuchte Esther Geisler (Universität Rostock) das Erwerbsverhalten alleinerziehender Mütter in Großbritannien, Ost- und Westdeutschland. Auf der Grundlage deutscher und britischer Survey-Daten (Mikrozensus bzw. Labour Force Survey in England) zeigte sie, inwieweit die Einführung aktivierender Arbeitsmarktpolitiken in Deutschland und Großbritannien zwischen 1996 und 2008 zu einer Änderung des Erwerbsverhaltens ost- und westdeutscher sowie britischer Mütter geführt habe. Dabei richtete sie den Fokus besonders auf die Frage, welche Unterschiede sich in Bezug auf den Familienstand und die Bildung feststellen ließen.

Probleme bei der Erhebung und Datenqualität

Im Fokus der letzten Session der Konferenz standen vor allem Fragen zur Methodik, etwa bei Erhebungsmethoden und Datenqualität. So zeigte Andrea Lengerer (GESIS, Mannheim) im ersten Beitrag am Beispiel gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften im Mikrozensus Datendefizite und Einschränkungen bei der Datenqualität auf. Sie gab dazu einen Überblick, wie gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in den verschiedenen Erhebungsjahren des Mikrozensus erfasst wurden und welche sonstigen Möglichkeiten der Identifikation es gebe. Ergänzend präsentierte sie methodische Analysen zur Datenqualität und zeigte die Problematik der Zuverlässigkeit von Geschlechtsangaben, die zur Identifizierung



tikation gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften notwendig sind, auf.

Die Problematik der Datenqualität bildete auch den Hintergrund des Beitrags von Heike Wirth (GESIS, Mannheim). Sie verglich soziodemografische und sozioökonomische Elternmerkmale von unter sechsjährigen Kindern anhand von Daten des EU-SILC sowie des Mikrozensus und prüfte sie auf ihre Konsistenz.

Helmut Willems und Andreas Heinz (beide Uni Luxemburg) gaben im letzten Beitrag der Session einen Erfahrungsbericht aus Luxemburg zur Umsetzung der aktuellen Familienkonzepte der Europäischen Kommission in den Volkszählungen 2011. Dabei betrachteten sie auch den theoretischen Hintergrund der Konzepte und die Möglichkeiten bzw. Grenzen. Dazu zählte unter anderem auch die Frage, welche empirischen Aussagen mit Hilfe der Daten überhaupt möglich seien.

Lob für den wissenschaftlichen Nachwuchs: Allianz und DGD würdigen junge Forscher

Neben vielen aufschlussreichen und vielseitigen Vorträgen wurde die Tagung auch in diesem Jahr als Plattform genutzt, um gemeinsam mit der Allianz SE junge Nachwuchsforscher für ihre innovativen demografischen

Forschungsarbeiten auszuzeichnen. So empfangen im Allianz-Forum fünf junge Wissenschaftler/innen den Allianz-Nachwuchspreis für Demografie und zugleich ermutigende Worte vom Demografie-Experten der Allianz, Prof. Dr. Volker Deville. Die vorbehaltlose Forschung junger Nachwuchswissenschaftler zähle bei der Gestaltung des vielzitierten demografischen Wandels, betonte er.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Stefan Müller, wies besonders auf das Entstehen wichtiger neuer Impulse der Preisverleihung hin, die die gesellschaftliche Diskussion zum demografischen Wandel, den wissenschaftlichen Diskurs zur Demografie und vor allem die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses aktiv voranbrächten.

Prämiert wurden zwei Doktorarbeiten und zwei Masterarbeiten. So erhielt Dr. Wiebke Rösler von der Humboldt-Universität zu Berlin einen Hauptpreis in der Kategorie Doktorarbeit für ihre Arbeit zu „Strukturwandel und Fertilität. Wie die höhere Berufsausbildung der Frau die Geburtenrate beeinflusst. Quantitative Analysen für Deutschland im Zeitverlauf des „zweiten demografischen Übergangs“, in der sie den Ursachen für die spezifisch niedrigen deutschen Geburtenrate nachgeht.

Stephanie Zylla von der Universität Rostock wurde für ihre Masterarbeit mit dem Titel „Der Prozess der Verrentung von ausländischen und einheimischen Bürgern in Deutschland – Eine vergleichende Analyse unter Verwendung der Forschungsdaten der gesetzlichen Rentenversicherung“ ausgezeichnet. Das Ziel ihrer Arbeit bestand darin, die Einflussfaktoren der Ruhestandsentscheidung von Ausländern und Deutschen vergleichend zu betrachten, wobei die Frage im Mittelpunkt stand, wie sich die Verrentungsprozesse von Ausländern und Deutschen voneinander unterscheiden.

Diane Regnier und Marc Battenfeld (beide Universität Siegen) erhielten den Sonderpreis für anwendungsorientierte Demografie für ihre Arbeit: „Von Chancen und Risiken: Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die soziale Infrastruktur im ländlichen Raum am Beispiel der Verbandsgemeinde Mai-



Gruppenbild bei der Preisverleihung im Allianz-Forum Berlin:

Im Bild von links: die Vizepräsidentin der DGD, Prof. Dr. Sonja Haug, Prof. Dr. Volker Deville (Demografie-Experte der Allianz), Prof. Dr. Gabriele Doblhammer (Uni Rostock), Staatssekretär Stefan Müller (Bundesministerium für Bildung und Forschung Berlin), Diane Regnier und Marc Battenfeld (Uni Siegen), Stephanie Zylla (Uni Rostock), Dr. Philipp Deschermeier (Uni Mannheim), Dr. Wiebke Rösler (Humboldt-Universität zu Berlin), der Präsident der DGD, Prof. Dr. Tilman Mayer sowie drei angehende Nachwuchsdemografinnen. Alle Fotos: Dr. Jürgen Dorbritz



feld.“ Hier untersuchen sie die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialinfrastruktureinrichtungen der Verbandsgemeinde Maifeld mit etwa 24.000 Einwohnern in einer Zeitperspektive bis zum Jahr 2030.

Ausgezeichnet wurde in der Kategorie Doktorarbeiten auch die Arbeit von Dr. Philipp Deschermeier, der sich mit dem Thema „Die Entwicklung der Bevölkerung und der Erwerbspersonen in der Metropolregion Rhein-Neckar“ befasste. Ziel seiner Arbeit ist die Formulierung sowie Anwendung neuer und die Weiterentwicklung bestehender Ansätze zur empirischen Regionalforschung am Beispiel der Metropolregion Rhein-Neckar vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Entscheidende Faktoren für die Bewertung der Arbeiten waren zum einen die fachliche Qualität und zum anderen die gesellschaftliche Relevanz der Themen.

Fazit: Kein „Krieg der Generationen“

Beendet wurde die Jahrestagung mit einer abschließenden Podiumsdiskussion, diesmal unter dem Motto „Demografiestrategie am Ende?“. Unter der Leitung von Prof. Dr. Josef Schmid diskutierten Dr. Steffen Maretzke (BBSR Bonn), Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer (Deutsches Zentrum für Altersfragen Berlin) sowie Prof. Dr. Martin Werding (Ruhr-Universität Bochum) grundsätzliche Fragen zur demografischen Entwicklung, wobei vor allem eines deutlich wurde, wie Tesch-Römer betonte: Der demografische Wandel sei keine Bedrohung vor dem man sich fürchten müsse. Es gebe auch keine so oft beschworene Trennlinie zwischen den Generationen Alt und Jung. Diese verlaufe vielmehr innerhalb der Generationen.

Bernhard Gückel, BiB

Das BiB in den Medien

Ja zum Job, Nein zum Lehnstuhl: Immer mehr ältere Erwerbstätige arbeiten weiter

In einem Interview mit dem Fernsehsender RTL Hessen erläuterte Frank Micheel aus dem BiB die Ursachen und Voraussetzungen dafür, dass immer mehr Arbeitnehmer im Rentenalter weiterhin am Berufsleben teilnehmen möchten.

Die Zahl der Menschen im höheren Alter, die nicht daran denken, beruflich kürzer zu treten, ist in den letzten Jahren gestiegen. Zudem werden sie vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, durch den die Zahl der nachwachsenden Arbeitskräfte allmählich zurückgeht, in den Betrieben aufgrund ihrer Erfahrungen dringend gebraucht. In einem Interview mit RTL Hessen vom 13. März 2014 betonte Frank Micheel, dass die geänderte demografische Situation und verbesserte gesundheitliche Bedingungen hierfür wesentliche Ursachen seien. Zum einen gebe es mittlerweile mehr ältere Menschen als in der Vergangenheit und zum anderen seien diese auch gesün-

der und wiesen eine höhere Bildung auf als die Vorgängergenerationen. Dies seien gute Voraussetzungen, um erfolgreich am Arbeitsmarkt teilhaben zu können, so Micheel, der am BiB im Forschungsprojekt „Transitions and Old Age Potential“ forscht.

Weitere Informationen und Hintergründe zum Thema liefert die aktuelle Broschüre des BiB zum Thema „Erwerbstätigkeit und informelle Tätigkeiten der 55- bis 70-Jährigen in Deutschland“.

Bernhard Gückel, BiB



Die Broschüre im Internet

http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschueren/top_erwerbsarbeit_2014.html?nn=3072356



Publikationen von und mit BiB-MitarbeiterInnen

Gil Viry; Heiko Rüger und Thomas Skora:
„Migration and long-distance commuting histories and their links to career achievement in Germany: a sequence analysis.“

In: Sociological Research Online, 19 (1) 8

In der Fachzeitschrift **“Sociological Research Online”** ist ein Artikel von Gil Viry, Heiko Rüger und Thomas Skora zum Thema **„Migration and Long-Distance Commuting Histories and Their Links to Career Achievement in Germany: A Sequence Analysis”** erschienen.

Der Beitrag untersucht den Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Formen berufsbedingter räumlicher Mobilität und Berufserfolg in Deutschland.

Die Analysen basieren auf Daten der 2010 erhobenen zweiten Welle der Studie **„Job Mobilities and Family Lives in Europe“**, die retrospektiv erfasste Angaben zur Berufs- und Mobilitätsbiografie enthalten. Auf Basis der detaillierten biografischen Angaben sind nun erstmals Aussagen dazu möglich, wer im Erwerbsverlauf wann, für wie lange und in welcher Form berufsbedingt räumlich mobil war.

Mit Hilfe einer Sequenzmusteranalyse werden für Deutschland acht typische Mobilitätsverläufe mit jeweils unterschiedlichen Mobilitätsmustern identifiziert und diese mit verschiedenen Indikatoren für die Entwicklung der beruflichen Laufbahn verknüpft.

Die Analysen zeigen, dass Personen mit andauernder zirkulärer Pendelmobilität im Vergleich zu Personen mit vergleichsweise geringen Mobilitätserfahrungen über ein durchschnittlich höheres Bruttoeinkommen im Monat verfügen. Über alle Verlaufstypen hinweg und unter Berücksichtigung weiterer Indikatoren des Berufserfolgs (Art des Arbeitsverhältnisses, hierarchische Stellung im Betrieb, Berufsprestige) lassen sich für Personen mit umfangreichen Mobilitätserfahrungen jedoch nur vereinzelt und punktuell Vorteile bei der Karriereentwicklung feststellen. Die Autoren schlussfolgern, dass räumliche Mobilität zu einer selbstverständlichen Anforderung im Berufsleben geworden ist, die nicht mehr notwendigerweise auch mit sozialer Aufstiegsmobilität verbunden ist. Gleichzeitig weisen sie aber auch darauf hin, dass zirkuläre Formen der Mobilität wie das Fernpendeln oder regelmäßige Reisen aus beruflichen Gründen in einer

biografisch angelegten Mobilitätsforschung mehr Beachtung finden sollten. (Bernhard Gückel, BiB)

@ Der Volltext des Beitrags im Internet

<http://www.socresonline.org.uk/19/1/8.html>

Detlev Lück; Sabine Diabaté:
„Familienleitbilder. Vorstellungen, Meinungen, Erwartungen“. In: beziehungsweise. Informationsdienst des Österreichischen Instituts für Familienforschung, April 2014

In einem Beitrag für die Publikation **“beziehungsweise”** haben sich Detlev Lück und Sabine Diabaté mit den Vorstellungen, Meinungen und Erwartungen zu Familienleitbildern beschäftigt. Dazu stellten sie die Studie des BiB vor und erläuterten die Hintergründe, Ziele und die methodische Vorgehensweise des Projektes.

Neben ersten Ergebnissen geben sie in dem Artikel auch einen Blick in die weitere Forschung zu Familienleitbildern am BiB. So werde künftig der Frage nachgegangen werden, wie sich Leitbilder der Familie auf die Lebensgestaltung und auf die Entscheidung für eine Familiengründung und -erweiterung auswirkten. Eine besondere Bedeutung kommt dabei vermutlich dem wahrgenommenen gesellschaftlichen Druck zu, der persönliche Entscheidungen beeinflussen kann.

Bernhard Gückel, BiB



@ Der Volltext des Beitrags im Internet

<http://www.oif.ac.at>

Ausgabe 1/2014 des Newsletters

„Demografische Forschung aus erster Hand“ erschienen



Immer mehr Paare leben aus unterschiedlichen Gründen weit voneinander entfernt in getrennten Wohnungen. Wirkt sich diese Situation auf die Stabilität dieser sogenannten bi-lokalen Partnerschaften aus? Jürgen Dorbritz und Robert Naderi vom BiB zeigen in ihrem Beitrag für den Newsletter,

dass diese Partnerschaften beständiger sind als vielfach angenommen wird. In einem zweiten Beitrag widmet sich Pavel Grigoriev vom Rostocker Max-Planck-Institut für demografische Forschung der Entwicklung der Lebenserwartung in Weißrussland und stellt eine wachsende Kluft zwischen den einzelnen Regionen fest. So sterben die Menschen im Osten des Landes früher als im Westen.

Inwieweit hängt eine gelungene Familienpolitik von den sozialen Besonderheiten der Bevölkerung ab? Dieser Frage widmete sich Thomas Fent vom Vienna Institute of Demography und er zeigt, dass es kein länderübergreifendes Patentrezept in der Familienpolitik gibt.

Die Publikation wird vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Rostock) in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Wiesbaden), dem Institut für Demografie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Wien), dem Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital (Wien) und dem Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels herausgegeben.

Inhalt 1/2014

- Jürgen Dorbritz; Robert Naderi: Getrennt und doch zusammen
 - Pavel Grigoriev et al.: Die Kluft wird größer
 - Thomas Fent et al.: Andere Länder, andere Wirkung
- Das Infoblatt kann ebenso wie alle älteren Ausgaben unter www.demografische-forschung.org heruntergeladen werden. Hier besteht auch die Möglichkeit, den Newsletter zu abonnieren.

„Junge Menschen sind besonders mobil“ –

Dr. Stephan Kühntopf und Susanne Stedtfeld im Magazin „Land InForm. Magazin für ländliche Räume“.

Ausgabe 1/2014, 12-13

Welche Besonderheiten und Merkmale weist die Binnenwanderung in Deutschland auf? Diese Frage steht im Fokus des Beitrags, der auch einen Blick auf die Ost-West-Wanderung wirft und fragt, welche Bevölkerungsgruppen besonders mobil sind. Ein Blick auf die Wanderungsstatistik zeigt, dass vor allem



jüngere und ungebundene sowie gut ausgebildete Menschen umzugsbereit sind. Dabei sind es in den ländlichen Kreisen vor allem die jungen Frauen, die ihrer Heimat den Rücken kehren – mit allen demografischen und sozialen Folgen für die ländlichen Regionen. Insgesamt ist das Binnenwanderungsgeschehen im Wesentlichen vom Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Räumen geprägt und wird überwiegend von den regionalen Arbeits-, Bildungs- und Wohnungsmärkten sowie von der Verkehrsanbindung der Wohnorte bestimmt.

Bernhard Gückel, BiB



Der Volltext des Beitrags im Internet

http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fileadmin/sites/ELER/Dateien/05_Service/Publikationen/LandInForm/PDF-Downloads/LandInForm_2014_1_Gesamt.pdf



Zeitschrift für Familienforschung

Die Ausgabe 01/2014 ist erschienen und enthält auch einen Beitrag von Sabine Diabaté und Detlev Lück aus dem BiB zum Thema Familienleitbilder.

Die Beiträge im Einzelnen:

Anne Busch, Miriam Bröckel und Karin Golsch:

Berufliche Aufstiege im partnerschaftlichen Kontext – Zur Bedeutung von Homogamie und sozialer Unterstützung durch den Partner

Der Beitrag untersucht mit Hilfe von Daten des Sozio-ökonomischen Panels die Bedingungen beruflicher Aufstiege in Doppelverdiener-Partnerschaften wie die Stathomogamie und soziale Unterstützungsleistungen beider Partner. So steigen Männer häufig dann in hohe berufliche Positionen auf, wenn sie und ihre Partnerin im gleichen Berufsfeld arbeiten und beide eine hohe Bildung aufweisen. Für den Aufstieg von Frauen ist insbesondere die soziale Unterstützung durch den Partner, etwa bei der Mithilfe im Haushalt wichtig, wenn sie eine hohe berufliche Position erreichen wollen.

Francesca Alby, Marilena Fatigante und Cristina Zucchermaglio:

„Somebody is thinking about it“:

Women as household managers in dual-earner families

Management-Praktiken der Frauen spielen bei der Organisation des Haushaltes von Doppelverdienerfamilien eine zentrale Bedeutung. Die Ergebnisse dieses Beitrags zeigen, dass die Hausarbeit eine Arena praktischer Überlegungen und Denkmuster der Mütter ist, die letztlich auch das Wohlergehen aller Familienmitglieder sichert.

Sabine Diabaté und Detlev Lück:

Familienleitbilder – Identifikation und Wirkungsweise auf generatives Verhalten

Wie lässt sich generatives Verhalten erklären? Der Artikel plädiert für einen Leitbildansatz, um bestehende Erklärungsmodelle zu ergänzen und zu erweitern. Dabei wird von kollektiv geteilten Leitbildern ausgegangen, die zum Beispiel die Elternschaft und den Kinderwunsch

bzw. die Entscheidung für oder gegen weitere Kinder beeinflussen. Neben der Entwicklung fundierter Kriterien werden auch methodische Herausforderungen für eine weitere Leitbildforschung diskutiert.

Birgit Leyendecker, Banu Citlak, Jörg-Peter Schräpler und Axel Schölmerich:

Diversität elterlicher Einstellungen und vorschulischer Lernerfahrungen – Ein Vergleich deutscher und zugewanderter Familien aus der Türkei, Russland und Polen

Das Ziel der Studie ist die Untersuchung der bildungsrelevanten Vorerfahrungen von Schulanfängern im Hinblick auf den kulturellen Hintergrund und die Bildung ihrer Eltern. Dabei war der Zusammenhang zwischen Schulbildung der Eltern und ihren Einstellungen sowie den Lerngelegenheiten für ihre Kinder in unterschiedlicher Ausprägung in allen Gruppen erkennbar.

Armando Häring:

Der Zusammenhang von Partnermarktopportunitäten aus dem Freundeskreis und der Stabilität von Partnerschaften. Eine Analyse mit den Daten des Partnermarktsurveys

Der Beitrag analysiert den Zusammenhang zwischen Partnermarktopportunitäten aus dem Freundeskreis und der Stabilität von Partnerschaften. Dazu befasst er sich auch mit sozialen Unterschieden im Zugang zu Partnermarktgelegenheiten im Freundeskreis, die für Männer und Frauen und für Personen mit und ohne gemeinsamen Freundeskreis mit dem Partner bestehen können.

Texte: Die Autoren und Autorinnen



Informationen zum Heft unter

www.zeitschrift-fuer-familienforschung.de



Literatur aus dem BiB

Pia Debuschewitz; Martin Bujard (2014):

Migrationshintergrund, soziale Ungleichheit oder Bildungspolitik: Wodurch lassen sich Bildungsdifferenzen erklären? BiB Working Paper 1/2014.

Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Das BiB Working Paper 1/2014 geht der Frage nach, inwieweit Migrationshintergrund, soziale Ungleichheit oder Bildungspolitik die Ursachen von Bildungsunterschieden erklären können.

Infolge der PISA-Studien ist die Bildungsforschung in den öffentlichen Fokus gerückt, wobei sich die Bewertung der Bildungsunterschiede stark unterscheidet: Häufig werden singulär Migrantengruppen, soziale Ungleichheit oder die Bildungspolitik als Ursache genannt. Da Migrationshintergrund und soziale Ungleichheit korrelieren, stellt sich gerade in einem Einwanderungsland wie

Deutschland die Frage nach dem kausalen Mechanismus. Ziel der Studie ist es, die relative Erklärungskraft dieser Faktoren und ihr Zusammenspiel mit empirischen Analysen zu identifizieren. Anhand der PISA-Studie von 2006 werden Determinanten der naturwissenschaftlichen Kompetenz in Deutschland analysiert. Es wird gezeigt, dass Migrationshintergrund und soziale Schicht nicht nur jeweils einen eigenen Effekt auf das Kompetenzniveau haben, sondern sich zusätzlich gemeinsam verstärken. Ferner werden erhebliche regionale Disparitäten aufgezeigt, die aus datenspezifischen Gründen häufig ausgeblendet werden. Die Analysen unterstreichen die immense Bedeutung des Forschungsdesigns für empirische Befunde und davon abgeleitete politische Implikationen. (Text: BiB)

Vorträge

Prof. Dr. Norbert F. Schneider:

Warum ist die Fertilität in Deutschland so niedrig?

Prof. Schneider befasste sich beim Ferti-Forum Rhein-Main der Frauenklinik-Universitätsmedizin Mainz, dem Kinderwunschzentrum Wiesbaden sowie dem Berufsverband der Frauenärzte Rheinland-Pfalz am 21. März 2014 mit der Frage, warum Deutschland seit über 30 Jahren zur Gruppe der „lowest-low-fertility“-Länder gehört. So liegt Deutschland laut „World Fact Book“ derzeit bei der Geburtenentwicklung auf Rang 200 – von 224 Ländern. Woran liegt es, dass auch im Jahr 2011 so wenige Kinder in Deutschland geboren wurden wie seit 60 Jahren nicht mehr? Der Blick in die Statistik zeige zunächst einmal, dass die Zahl potentieller Eltern abnehme, oder genauer: die zahlenmäßige Entwicklung der Personen im Alter zwischen 20 und 49 Jahren wird zwischen 2008 und 2020 um 17 Prozent zurückgehen, analysierte Prof. Schneider. Hinzu komme ein Trend zur späten Familiengründung: Lag das durchschnittliche Alter bei der Geburt des ersten Kindes in Deutschland im Jahr 1991 noch bei 27,3 Jahren, so stieg es bis zum Jahr 2011 auf 30,5 Jahre an. Dazu werde Elternschaft als eine Option von mehreren betrachtet, der Kinderwunsch sei gesun-

ken und die Geschlechterrollen hätten sich partiell verändert, so der Familiensoziologe. Es gebe zudem einen kulturellen Wandel im Hinblick auf die Rolle der Eltern, die hinsichtlich ihres Erziehungsverhaltens und ihrer Pflichten gesellschaftlich zunehmend unter Druck gerieten. Vor diesem Hintergrund sei mit einem raschen, stabilen Wiederanstieg der Kohortenfertilität aufgrund des gesunkenen Kinderwunsches nicht zu rechnen – vielmehr sei ein weiterer Rückgang der Geburtenzahlen wahrscheinlich, wobei selbst ein moderater Anstieg der Kohortenfertilität von 1,62 auf 1,75 den Rückgang an Geborenen nicht stoppen würde. Als Konsequenz aus dieser Entwicklung leite sich die zentrale politische Aufgabe ab, die Familiengründung in Deutschland zu erleichtern. Dies könne nur durch die Umgestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geschehen, resümierte Prof. Schneider.

Jasmin Passet-Wittig: Der Weg in die Kinderwunschtherapie aus Sicht der Patienten

Auf derselben Veranstaltung stellte Ulrike Zier vom Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (ASU) am 21. März



2014 erste Ergebnisse der gemeinsam mit **Jasmin Passet-Wittig (BiB)** und **Prof. Dr. Eva Münster (ASU)** durchgeführten Analysen zum Weg von Paaren in die Kinderwunschtherapie vor. In ihrem Vortrag konzentrierten sie sich auf die Perspektive der Patienten und untersuchten, wann sich Paare mit Kinderwunsch Sorgen um ihre Fruchtbarkeit machen bzw. wann sie sich entscheiden, ein Kinderwunschzentrum aufzusuchen. Es zeigte sich, dass von den Befragten bereits ca. 50 % im 1. Jahr des bestehenden Kinderwunsches Sorge über eventuelle Probleme bei der Fruchtbarkeit äußerten und 15 bis 20 % erst nach mehr als 2 Jahren. Dabei suchten gerade Frauen in einem frühen Stadium Hilfe beim Facharzt. Etwa ein Drittel der Männer hat dagegen vor dem Besuch im Kinderwunschzentrum noch nicht mit einem Arzt gesprochen. Allerdings ist davon auszugehen, dass auch bei ihnen Bedarf für Beratung besteht, 33% der Männer würden sich sogar wünschen, dass Ärzte das Thema unerfüllter Kinderwunsch von sich aus ansprechen. Weitere vertiefende Analysen zur Entscheidung für die Kinderwunschtherapie auf Paarebene und zum Weg dorthin sind von der Pink-Projektgruppe geplant.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Der demografische Wandel und seine Folgen für Deutschland und Bayern

Auf Einladung der Akademie für Politische Bildung und des Bayerischen Landtags widmete sich **Prof. Schneider** beim 48. Akademiegespräch am 25. März 2014 vor etwa 250 Gästen in seinem Vortrag der Frage nach den Trends, Ursachen und politischen Herausforderungen des demografischen Wandels in Deutschland. Einen besonderen Blick warf er auf die Entwicklung in Bayern, das im bun-



Beim Akademiegespräch (von links): Landtagsvizepräsidentin Inge Aures, der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider und die Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, Prof. Dr. Ursula Münch. (Foto: Akademie für Politische Bildung Tutzing/Haas)

desweiten Vergleich vom demografischen Wandel weniger betroffen sei. So werde die Bevölkerungsgröße hier bis 2030 stabil bleiben. Allerdings werden sich die regionalen Disparitäten in Bayern im Zuge des demografischen Wandels weiter vertiefen. Beispielsweise liege dann das Medianalter der Bevölkerung 2030 in Nordostbayern um acht Jahre höher als in München.

Die erheblichen Unterschiede der demografischen Entwicklung im Vergleich der Bundesländer machten deutlich, dass die Politik hier nicht durch kurzfristige Steuerung eingreifen könne, zumal politische Einzelmaßnahmen in der Regel keine sofortige messbare Wirkung entfalten könnten. Nur langfristig angelegte Strategien könnten die gewünschten Wirkungen hervorbringen. Bevölkerungsorientierte Politik finde vor Ort als wettbewerbsorientierte Standortpolitik statt, bei der Bund und Länder lediglich geeignete wirtschaftliche, politische und rechtliche Rahmenbedingungen setzen könnten – mehr aber auch nicht, betonte der Familiensoziologe. Dabei müsse der Wandel nicht als Krise, sondern als Chance zur Erneuerung begriffen werden. Es gelte, kreative Lösungen zur Daseinsvorsorge zu entwickeln und die Bürgerinnen und Bürger intensiv am Gestaltungsprozess zu beteiligen.

Dr. Martin Bujard: Väter in Deutschland – Leitbilder und Realitäten

Wie sehen Leitbilder, Wünsche und Realitäten von Vätern in Deutschland aus? Dieser Frage ging **Dr. Martin Bujard** in seinem Vortrag beim 13. Offenen Forum Familie des Bündnisses für Familie in Nürnberg am 19. Februar 2014 nach. Vor gut 450 Teilnehmern stellte er zunächst die Frage, welche Bedeutung Kinder überhaupt für Männer haben.

Auf der Grundlage von Analysen des Familienleitbildersurveys des BiB zeigte er, dass für die meisten jungen Männer Kinder extrem wichtig sind, wobei allerdings 39 % der 40- bis 44-jährigen befragten Männer ohne Kinder im Haushalt leben. Bei den jungen Männern leben 4 von 10 kinderfern. In der jungen Generation gebe es das Leitbild des „fürsorgenden Vaters“, in der Realität zeige sich aber eher, dass sich die Väter im Spagat zwischen Beruf und Familie befinden, betonte Dr. Bujard. Es gebe auch bei den Vätern die „Rush-hour des Lebens“, in der im Lebensverlauf in einem engen Zeitraum Familiengründung und berufliche Etablierung zusammenfielen. Erschwerend komme hinzu, dass der Arbeitsmarkt



auf die Situation junger Väter nur partiell Rücksicht nehmen. Somit gelte es von seiten der Arbeitgeber eine familienfreundliche Unternehmenskultur zu etablieren, etwa durch eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit und bestehende Karriere- und Qualifikationschancen auch bei Berufspausen und Teilzeitarbeit.

Dass von Seiten der Väter ein Wunsch existiere, bei der Fürsorge der Kinder mitzuwirken, zeige die Inanspruchnahme der 2007 eingeführten Elternzeit. So habe sich mittlerweile die Zahl der Väter, die Elternzeit nehmen, verachtfacht. Insofern habe hier von der familienpolitischen Seite her ein Paradigmenwechsel für Väter stattgefunden, betonte Dr. Bujard.

Jasmin Passet-Wittig und Dr. Martin Bujard: Effekte des Elterngelds auf die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen und die Fertilität

Wie sich das Elterngeld auf die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen auswirkt untersuchten **Dr. Bujard** und **Jasmin Passet-Wittig** beim Workshop „Familienpolitik in Deutschland im Spiegel der Wissenschaft“ des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) am 13. und 14. Februar 2014 in Mannheim. Sie stellten zunächst die Motive und Ziele des 2007 eingeführten Elterngeldes dar und betonten, dass es sich hierbei um einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik handele, der durchaus Effekte zeige, wie die Entwicklung der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen bestätige. So habe sich das Muster der Rückkehr auf den Arbeitsmarkt vor allem bei Müttern mit einem Kind geändert. Zudem lasse sich in der Gruppe der besser gebildeten Frauen zwischen 35 bis 44 Jahren ein Anstieg bei der altersspezifischen Geburtenrate feststellen. Damit wurden zwei wesentliche Ziele der Reform – eine Zunahme der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen sowie ein Anstieg der Fertilität – teilweise erreicht, resümierten die beiden Wissenschaftler.

Frank Micheel: Demografische Entwicklung und die sozialen Sicherungssysteme

Beim Grundkurs Sozialmedizin/Rehabilitationswesen der Sozial- und Arbeitsmedizinischen Akademie Baden-Württemberg e.V. hat sich **Frank Micheel** am 20. Februar 2014 in Bad Mergentheim mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialversicherungssysteme und die Arbeitswelt in Deutschland befasst. Er skizzierte zunächst die einzelnen Komponenten der de-

mografischen Entwicklung wie Fertilität, Mortalität und Migration und gab einen Ausblick über die Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung, die sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen werde. So steige das Durchschnittsalter der Belegschaften weiter an. An dieser Stelle sei es von großer Bedeutung, die Potenziale der heute „Mittelalten“ in ihrer Erwerbsphase dauerhaft zu sichern, betonte Micheel. Der wachsende Generationenabstand führe zudem vor allem zu einer Mehrfachbelastung der Frauen, die neben Erziehung und Beruf meist auch ihre (Schwieger-)Eltern pflegen. Hier gelte es, Entlastungsmöglichkeiten im Sinne einer „generationenfreundlichen“ Arbeitswelt zu finden. Des Weiteren werde es einen erhöhten Druck auf die Erwerbsbevölkerung geben, wie die Diskussion um die Rente mit 67 schon beispielhaft gezeigt habe. Dabei entstehe insbesondere für die Bevölkerungsschichten mit niedriger Bildung eine besonders schwierige Situation, da gleichzeitig im Zuge der stärkeren Nachfrage nach höherqualifizierten Arbeitsplätzen die Konkurrenz um kluge Köpfe zunehmen werde. Die Politik habe im Verlauf der letzten Jahre auf die demografische Entwicklung mit verschiedenen Reformen in der gesetzlichen Rentenversicherung und auf den Arbeitsmärkten reagiert, die grundsätzlich den Druck auf ältere Erwerbstätige zu einem späteren Austritt aus dem Erwerbsleben erhöhten, zum Beispiel durch ein künftig sinkendes Rentenniveau.

Frank Swiaczny: Demografischer Wandel und die Folgen am Beispiel der Pflege

Wie wird sich der demografische Wandel auf den Arbeitsmarkt vor allem im Hinblick auf die Situation bei der Pflege bis zum Jahr 2025 entwickeln? Mit dieser Frage befasste sich **Frank Swiaczny** erneut im Rahmen des Grundkurses Sozialmedizin/Rehabilitationswesen der Sozial- und Arbeitsmedizinischen Akademie Baden-Württemberg am 17. März 2014 in Tübingen. Dabei präsentierte er aktuelle Ergebnisse zu den Trends und Vorausberechnungen für die Bereiche Fertilität, Mortalität und die Bevölkerungsbilanz. Am Beispiel der Situation bei der Pflege machte er deutlich, dass es bis zum Jahr 2025 zu einem Ungleichgewicht bei dem Angebot und der Nachfrage von Pflegekräften kommen werde. Die steigende Alterung werde im Bereich der Pflege zu einer verstärkten Nachfrage führen, wobei das demografische Potential für Pflegekräfte auf dem Arbeitsmarkt nicht in



gleichem Maße wachsen werde, wie er betonte. Damit gewinne die Diskussion um das ehrenamtliche Engagement erheblich an Bedeutung. Allerdings gebe es hier berechnete Zweifel, ob bürgerschaftliches Engagement die Hoffnungen erfüllen kann, die im Hinblick auf die Konsequenzen des demografischen Wandels in das Ehrenamt gesetzt werden. Zudem gehe infolge von Alterungs- und Schrumpfungprozessen das Potenzial für ehrenamtliches Engagement gerade dort besonders stark zurück, wo auch das Angebot an sozialer Infrastruktur von starken Einschnitten bedroht ist – zum Beispiel in Ostdeutschland.

Workshop Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie von Rheinland-Pfalz hat am 14. März 2014 unter der Leitung von Sozialminister Alexander Schweitzer einen Workshop Demografie veranstaltet, auf dem der Minister mit Experten Fragen des demografischen Wandels und Chancen zu seiner Bewältigung diskutierte. Frank Swiaczny beteiligte sich an der Diskussion mit einem Vortrag zum Thema: „Wie gestaltbar ist der demografische Wandel?“

Bernhard Gückel, BiB

Comparative Population Studies – News



CPoS-Heft 01/2014 erschienen

Die aktuelle Ausgabe 01/2014 von CPoS ist online verfügbar und enthält folgende wissenschaftliche Beiträge:

Nadja Milewski, Frederik Peters: Too Low or Too High? On Birthweight Differentials of Immigrants in Germany

Der Beitrag untersucht die Geburtenergebnisse von Migrantinnen in Deutschland im Vergleich zu Frauen ohne Migrationshintergrund. Ein Drittel aller Kinder werden in Deutschland von Migrantinnen zur Welt gebracht, wobei der Gesundheitszustand der Migrantenkinder und ihrer Mütter zunehmende Beachtung in der internationalen Forschung findet. Auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels mit Angaben zu vorgeburtlichen Variablen soll das Gewicht bei der Geburt von Migrantenkindern und von Frauen ohne Migrationshintergrund analysiert werden. Es zeigt sich, dass der Migrantensstatus mit einem geringen Vorherrschen eines niedrigen Geburtengewichts und gleichzeitig mit einer höheren Prävalenz zunehmenden pränatalen Wachstums verknüpft ist. Kontrollvariablen der Mutter wie Alter, Gewicht, Größe, BMI, Bildung oder Rauchen können die Unterschiede im Geburtengewicht von Migrantinnen und Nicht-Migranten allerdings nicht erklären. Die Ergebnisse stützen bisherige Forschungsergebnisse, dass das Risiko eines niedrigen Gewichts bei der Geburt von Migrantenkindern sich dem von Nichtmigrantenkindern angepasst hat.

Jan Eckhard:

Theoretische Erklärungen der zunehmenden Kinderlosigkeit – Divergierende Ansätze und das Integrationspotenzial der Frame-Selektions-Theorie

Zur Erklärung des seit den 1960er Jahren in zahlreichen europäischen Ländern stattfindenden Anstiegs der Kinderlosigkeit wird in der Forschung einerseits auf soziokulturelle Wandlungsprozesse, andererseits auf gewachsene Kosten einer Familiengründung verwiesen. Es fehlt jedoch eine übergreifende Theorie, die beide Ursachenkomplexe in ihrem Zusammenwirken erfassen kann. Der vorliegende Beitrag erörtert die Möglichkeiten eines entsprechenden integrativen Erklärungsmodells. Vorgeschlagen wird ein Modell auf der Grundlage der Frame-Selektions-Theorie. Das Modell bezieht sich auf Entscheidungssituationen in Paarbeziehungen und thematisiert die Wechselwirkung zwischen sozio-kulturellen Leitbildern und strukturellen Anreizen. Die resultierende Hypothese, dass Anreizeffekte auf die Familiengründung von der situativen Kompatibilität einer auf Familie verweisenden Partnerschaftsdeutung abhängig sind, wird anschließend einer ersten empirischen Prüfung auf der Grundlage des Familiensurvey-Panels unterzogen.



Michael Wagner, Isabel Valdés Cifuentes:

Die Pluralisierung der Lebensformen – ein fortlaufender Trend?

Der Artikel geht der Frage nach, inwiefern sich in Deutschland sowohl auf Haushalts- als auch auf Personenebene von einer Pluralisierung der privaten Lebensformen bis in die jüngste Gegenwart hinein sprechen lässt. Hierfür werden Daten des Mikrozensus und der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaftler (ALLBUS) der letzten Jahrzehnte ausgewertet.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Pluralisierung der Lebensformen hauptsächlich zwischen 1972 und 1996 stattgefunden hat, während in den letzten 20 Jahren die Vielfalt in den alten Bundesländern unverändert geblieben und in Ostdeutschland sogar leicht gesunken ist. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man Ein- und Zweigenerationenhaushalte gesondert betrachtet. Hierbei zeigt sich, dass Lebensformen mit Kindern auch in jüngster Zeit vielfältiger wurden, was hauptsächlich auf den Rückgang verheirateter Paare mit Kindern zurückzuführen ist.

Insgesamt weisen die Befunde auf eine beständige Zunahme der Vielfalt der Lebensformen hin. Ursächlich

für diese Pluralisierung des familialen Sektors ist vor allem der Bedeutungsverlust des männlichen Ernährermodells. Dieser Trend ist in Ostdeutschland deutlicher als im Westen.

Elina Schleutker:

Fertilität, Familienpolitik und Wohlfahrtsregime

Dieser Beitrag wurde durch die zahlreichen Übereinstimmungen zwischen der genderspezifischen Wohlfahrtsstaatsforschung und der Bevölkerungsforschung im Bezug auf die Determinanten der Fertilität angeregt. Der erste Teil dieses Beitrages befasst sich mit einer Reihe von Reproduktionstheorien vor dem Hintergrund der These des genderspezifischen Wohlfahrtsstaates. Im zweiten Teil dieses Beitrages wird ein neuer Rahmen zur Analyse der Work-Life-Choices von Frauen ausgearbeitet.

.....
 Texte: Die Autorinnen und Autoren



CPoS im Internet

<http://www.comparativepopulationstudies.de>

Personalien

Reiner Schulz in den Ruhestand verabschiedet

Nach fast 37 Jahren in Diensten des BiB ist Reiner Schulz, Wissenschaftlicher Direktor am Institut, am 28. März 2014 vom Leiter des Instituts, Prof. Dr. Norbert F.



Nach fast 37 Jahren BiB in den wohlverdienten Ruhestand: Der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, verabschiedet Reiner Schulz (links im Bild). (Foto: C. Fiedler)

Schneider, mit einer kleinen Feier in den Ruhestand verabschiedet worden. Prof. Schneider würdigte in seiner Ansprache besonders die Verdienste von Herrn Schulz in seiner Rolle als „Netzwerker“, der es selbst in schwierigen Zeiten geschafft habe, auch hinter den Kulissen das Institut auf Kurs zu halten. Dazu habe er auch für die Sorgen und Nöte der Kollegen und Kolleginnen immer ein offenes Ohr gehabt. Für das BiB werde es schwer, die Lücke zu schließen, die Herr Schulz hinterlasse, betonte Prof. Schneider.

Reiner Schulz begann seine Laufbahn im BiB zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter, bevor er im Jahr 2002 zum Abwesenheitsvertreter des Institutsdirektors ernannt wurde. Im BiB war er vor allem mit der Politikberatung und Fragen der Verwaltungsorganisation befasst. Besonders verbunden war er über die Jahre der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD), in der er mehrere Tätigkeiten ausübte, darunter auch zwischen 2004 und 2007 die des Geschäftsführers. Er habe dem



Präsidenten der DGD, Prof. Dr. Tilman Mayer, versprechen müssen, der DGD auch in seinem Unruhestand treu zu bleiben, betonte Schulz in seiner Dankesrede. Daran

werde er auch festhalten, wenn es die knappe Zeit erlaube, versicherte er.

Bernhard Gückel, BiB

Veranstaltungen

7. Kongress der European Society on Family Relations vom 3. bis 6. September 2014 in Madrid zum Thema: „Familien im Kontext der Wirtschaftskrise. Aktuelle Trends aus einer multidisziplinären Perspektive“



Einige europäische Länder befinden sich inmitten einer ernsthaften ökonomischen Krise, die auch Familien trifft. Zunehmende Arbeitslosenzahlen führen nicht nur zu einem reduzierten Lebensstandard, sondern haben auch in anderen Bereichen des Familienlebens Auswirkungen. Dabei machen sich die negativen Konsequenzen der Krise auch durch Einschnitte in die Sozialsysteme und insgesamt gewandelte Prioritäten der Politik bemerkbar. Um zu erforschen, wie Familien von den Auswirkungen betroffen sind und um Ansätze zu entwickeln, wie ihnen geholfen werden kann, bedarf es eines multidisziplinären Forschungsansatzes.

Diese Thematik steht daher im Mittelpunkt des Kongresses, der Beiträge aus unterschiedlichsten For-

schungsbereichen vorstellen und diskutieren möchte. Dazu gehören zum Beispiel Themen wie

- Vielfalt der Lebensformen
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Mobilität, Migration und Familienleben
- Ökonomische Krise und Familienleben
- Kinderlosigkeit in Europa
- Vaterschaft in Europa etc.



Mehr Infos und Anmeldung unter

<http://esfr.org>

XVIII. World Congress of Sociology der International Sociological Association (ISA) vom 13. bis 19. Juli 2014 in Yokohama zum Thema: „Facing an Unequal World: Challenges for Society“



Im Mittelpunkt des Kongresses steht das Thema Ungleichheit auf der Welt und die gesellschaftlichen Herausforderungen, die damit verknüpft sind. Er möchte eine Debatte darüber führen, welche Möglichkeiten die soziologische Forschung hat, dazu beizutragen, dass die entscheidende Herausforderung des 21. Jahrhunderts, die soziale Ungleichheit, der täglich Millionen Menschen

ausgesetzt sind, bewältigt werden kann.



Mehr Infos und Anmeldung unter

<http://www.isa-sociology.org/congress2014/>



Buch im Blickpunkt

Stefan Fuchs: Gesellschaft ohne Kinder. Woran die neue Familienpolitik scheitert

Worin liegen die Ursachen für das niedrige Geburtenniveau in Deutschland? Können nachhaltige familienpolitische Weichenstellungen die Fertilität beeinflussen? Diese Frage stehen im Zentrum des Bandes, der von dem eingeleiteten Paradigmenwechsel hin zu einer nachhaltigen Familienpolitik ausgeht, deren Nachhaltigkeit sich auch am Ziel der Geburtenentwicklung messen lassen will. So sollte nach den Zielen des Bundesfamilienministeriums die Geburtenrate auf ein Niveau von 1,7 Kindern je Frau steigen. Um diesen pronatalistischen Ansatz und seine Auswirkungen geht es in diesem Band.

Vom Siegeszug der Defamilialisierung

Dazu untersucht der erste Teil die nachhaltige Familienpolitik im Vergleich mit der früheren westdeutschen Familienpolitik und gibt einen Überblick über die Entwicklung hin zu einem Paradigmenwechsel der Defamilialisierung. Seit 2002 ist Familienpolitik im Gegensatz zu früheren Zeiten zu einem Kernanliegen der Politik der Bundesregierung geworden, und die Wahrnehmung des Sinns und Zwecks der Familienpolitik wird nun nicht mehr unter verteilungspolitischen sondern unter ökonomischen und demografischen Aspekten diskutiert. Dabei gehören die Förderung von Geburten und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einem Bündel sich als wechselseitig fördernd verstandener Ziele der nachhaltigen Familienpolitik. Der familienpolitische Paradigmenwechsel zielte somit auch darauf ab, der Berufstätigkeit von Eltern entgegenstehende Hemmnisse zu beseitigen und eine neue Definition der Familie im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft zweier Generationen zu etablieren.

Im zweiten Teil werden dann wissenschaftliche Ansätze zur Erklärung der niedrigen Fertilität auf den Prüfstand

gestellt. Dabei wird zunächst an die wissenschaftlichen Expertisen angeknüpft, die das Konzept einer „nachhaltigen Familienpolitik“ stützen. Ziel dieses Teils ist es, zu untersuchen, ob das sogenannte «Defamilialisierungsparadigma», also die «Befreiung der Familie von ihren

Betreuungspflichten und die Individualisierung von Kindheit und Alter“ (Definition nach der Soziologin Ilona Ostner), die niedrige Fertilität in Deutschland plausibel erklären kann. Dies wird bezweifelt, denn mit dem „Defamilialisierungsparadigma“ können sowohl der Geburtenrückgang im Zeitvergleich als auch die Differenzen im Querschnittsvergleich zwischen den Industrieländern nicht befriedigend erklärt werden. Vielmehr zeigt sich, so der Autor, dass Fertilität und ihre Zusammenhänge mit sozialen Indikatoren immer aus historischen Entwicklungspfaden heraus betrachtet werden müssen, um so auch Widersprüche zwischen der Mikro- und der Makroebene aufzuklären.

Der zweite demografische Übergang: Erklärung für niedrige Fertilitätsniveaus?

Um die Bestimmungsfaktoren der niedrigen Fertilität in Deutschland zu finden, ist es daher nötig, den Wandel der generativen Verhaltensweisen miteinzubeziehen, der sich in Europa seit den 1960er Jahren angezeigt hatte. Dafür wurde in der demografischen Forschung der Begriff des „Zweiten demografischen Übergangs“ geprägt, der als Lebensformenrevolution nach und nach alle (post)industriellen Gesellschaften charakterisiert hat und im Fokus des dritten Teils steht.

Infolge dieses Übergangs sinken praktisch überall die Geburtenraten unter den nötigen Generationenersatz, wobei aber zwischen den Industrienationen immer noch beträchtliche Niveauunterschiede bestehen blieben. So



Das Buch:
Stefan Fuchs:
Gesellschaft ohne Kinder.
Woran die neue Familienpolitik
scheitert
Springer VS Verlag Wiesbaden 2014
ISBN 978-3-658-03389-7
DOI 10.1007/978-3-658-03390-7



mit hat der zweite demografische Übergang nicht zu international völlig gleichen Familienstrukturen geführt. Nach Ansicht des Autors kann somit auch dieser Ansatz nicht erklären, warum die Geburtenraten in den deutschsprachigen Ländern niedriger sind als z.B. in den USA, Großbritannien oder den Niederlanden. Hier spielen also noch andere Faktoren eine Rolle.

Defamilialisierung allein erklärt nicht das niedrige Fertilitätsniveau

Somit wird sich im vierten Kapitel auf die Suche nach Bestimmungsfaktoren niedriger Fertilität in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern in West- und Osteuropa begeben. Ausgehend von der These der „Falle der niedrigen Fertilität“ (Wolfgang Lutz), derzufolge der gesunkene Kinderwunsch die Ursache einer dauerhaft niedrigen Fertilität in Deutschland sei und aus der sich bisher kein Entkommen abzeichnet, wendet sich der Autor der Mikro-Ebene der Individuen zu. Die Ursachen für den niedrigen Kinderwunsch sind seiner Ansicht nach nicht in institutionellen Faktoren zu suchen. Eine wesentliche Rolle spielen hier eher langfristige, historisch gewachsene Strukturen (kleiner) Familien sowie neben ökonomischen Bedingungen auch kulturelle und religiöse Prägungen sowie besondere biografische Erfahrungen.

Führt „nachhaltige Familienpolitik“ zu höherer Fertilität?

Diese Frage bildet den Kern des fünften Kapitels, in dem generell die Chancen für ein höheres Geburtenniveau in Deutschland untersucht werden. Dazu werden auch die Wirkungen der bisherigen politischen Maßnahmen wie dem Elterngeld analysiert. Um eine Geburtenrate von 1,7 Kindern pro Frau zu erreichen, müsste eine „nachhaltige Familienpolitik“ die Kinderlosigkeit verringern, eine Ausbreitung der Ein-Kind-Familie verhindern und den Anteil größerer Familien, d.h. vor allem von dritter Geburten, steigern.

Dem steht allerdings die tatsächliche Entwicklung entgegen, denn: Es bleibt fraglich, ob allein durch verbesserte institutionelle Rahmenbedingungen sich die Kinderlosigkeit in Westdeutschland verringern lässt, da die Entscheidung für Kinder in der Regel Kinderwunsch und Partnerschaft voraussetzt. Dies ist allerdings angesichts

des fortgeschrittenen Werte- und Lebensformenwandels nicht mehr als selbstverständlich vorzusetzen, resümiert der Autor. Hier kommt nun die Mikro-Ebene ins Spiel mit den privaten Lebensumständen, Wertvorstellungen und Weltanschauungen, auf der sich der Kinderwunsch herausbildet. Selbst wenn die Politik direkt auf eine Erhöhung des Kinderwunsches abzielte, werden ihr durch die Tendenzen auf der individuellen Ebene klare Grenzen gesetzt. Darüber hinaus gibt die „nachhaltige Familienpolitik“ auf das zentrale Problem der Geburtenförderung, den Kinderwunsch, keine Antwort, kritisiert der Autor.

Allerdings hat die Politik mit der Einführung des Elterngeldes einen Paradigmenwechsel vollzogen, in dem für die Eltern ein Anreiz geboten wird, nach der Kinderphase schnell wieder in den Beruf zurückzukehren. Damit wird explizit darauf abgezielt, das Verhalten der Eltern zu lenken. Das Elterngeld als zentrales familienpolitisches Element alleine leistet aber keinen Beitrag zu einem Anstieg der niedrigen Fertilität.

Chancen und Grenzen der Familienpolitik

Damit bleibt die Frage bestehen, welche Chancen und Grenzen eine „bevölkerungsorientierte“ Familienpolitik hat, wie im abschließenden Kapitel diskutiert wird. Der Verfasser zeigt sich hier skeptisch, da angesichts des anhaltenden Normen- und Lebensformenwandels als primärer Ursache des niedrigen Fertilitätsniveaus in Deutschland und anderen Ländern von einem deutlichen Wiederanstieg der Fertilität in industriellen Ländern nicht ausgegangen werden kann. Damit muss auch in der kommenden Dekade mit einer unverändert niedrigen Fertilität gerechnet werden. Um einen Wandel zu erreichen, müsste die Frage der Lasten- und Leistungsgerechtigkeit gegenüber den Eltern wieder in den Mittelpunkt des familienpolitischen Diskurses rücken und nicht eine mit demografischen Zielen legitimierte Familienpolitik verfolgt werden, die bei Ausbleiben der sichtbaren Effekte von bestimmten Leistungen in Frage gestellt wird.

.....
Bernhard Gückel, BiB



Literatur in Kürze

DGD – Deutsche Gesellschaft für Demographie e.V. (Hrsg.), 2014:

Soziale Ungleichheit und demografischer Wandel.

In: DGD-Online-Publikation 01/2014. Bonn.

Die DGD hat auf ihrer Homepage www.demographie-online.de eine Online-Publikation zum Thema „Soziale Ungleichheit und demografischer Wandel“ veröffentlicht. Der Band basiert auf Beiträgen der 2013 durchgeführten Jahrestagung und bündelt einige Beiträge der Veranstaltung.

So befassen sich zunächst Martin Weinmann und Jan Schneider in ihrem Artikel mit den Trends und Einstellungen zur Migration in Deutschland. Sie zeigen auf der Basis von Daten des SVR-Migrationsbarometers 2011, dass sowohl die Zuwanderer als auch die Mehrheitsbevölkerung eine zurückhaltend positive Einschätzung von Migration und Migrationspolitik teilen. Es hat sich gezeigt, dass die Bevölkerung gut über die Migrationsrealitäten informiert ist und das Thema Zuwanderung weitgehend pragmatisch und besonnen beobachtet und bewertet. Allerdings gibt es etwa im Bereich Abwanderung auch besorgte Stimmen.

Wie verändert sich das Trennungs- und Scheidungsrisiko mit steigendem Lebensalter der Ehepartner? Auf diese Frage sucht Ingmar Rapp in seinem Beitrag eine Antwort.

Martina Lizarazo López widmet sich den Bevölkerungsdiskursen und der Politik in Frankreich.

Gabriele Sturm untersucht abschließend die Folgen geschlechtstypischer Wanderungen für Stadt und Land.

Karin Jurczyk, Josefine Klinkhardt

Vater, Mutter, Kind?

Acht Trends in Familien, die Politik heute kennen sollte.
Bertelsmann-Stiftung 2014

Familien sind heute vielfältiger als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Auch das Familienleben hat sich verändert und ist mit wachsenden Herausforderungen verbunden: Die Lebenslagen von Familien, ihre finanziellen und kulturellen Ressourcen driften immer weiter auseinander. Zu viele Kinder und Familien leben in Armut. Immer mehr Mütter sind heute erwerbstätig, geraten aber, wie auch Väter, durch entgrenzte Erwerbsbedingungen verstärkt unter Druck. Kinder wachsen häufiger in Familien mit Migrationshintergrund auf. Infrastrukturen und Institutionen passen oft nicht zu den Bedürfnissen von Familien.

In acht Trends belegen die Autorinnen diese Veränderungen des Familienalltags mithilfe einschlägiger Daten und Befunde und skizzieren die Folgen für das Aufwachsen von Kindern. Ihre Analyse macht deutlich, dass die Familienpolitik mit vielen Entwicklungen nicht Schritt gehalten hat. Sie sollte neu – von den Kindern aus – gedacht werden. (Text: Die Autorinnen)



Impressum

Bevölkerungsforschung
Aktuell

Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – Ausgabe 2/2014 – 35. Jahrgang

Schriftleitung: Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Redaktion: Bernhard Gückel

Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 75 22 35

E-Mail: post@bib.bund.de

Internet: www.bib-demografie.de

ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0220140

„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden.

Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de).

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 2/2014 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung).

Belegexemplar erbeten.